

Six-Pack 4: Verordnung (EU) Nr. 1175/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken

Legende:

- fett, kursiv*** → Änderungsvorschläge des EP gegenüber dem EK-Vorschlag
- █** → EP-Vorschlag zum Weglassen einer bestimmten Passage
- [...] → Übernahme des EK-Vorschlags, bzw. im Falle der finalen Version auch eigenständig verfasste neue Passagen, die nicht auf einen EP-Änderungsvorschlag zurückgehen
- grün** → EP-Änderungsvorschläge, die (fast) eins zu eins in den finalen Rechtstext übernommen wurden
- gelb** → Passagen im finalen Rechtstext, die EP-Änderungsvorschlägen sehr ähnlich sind und wahrscheinlich darauf zurückgehen
- rot** → EP-Änderungsvorschläge wurden nicht übernommen

- 1** → inhaltlich irrelevante Änderung (z. B. Satzstellung geändert)
- 2** → leichte Änderung / detailliertere Ausformulierung
- 3** → grundlegende Änderung / Einschub

Zeitliche Abfolge:

- 07.10.2010 EK-Gesetzesvorschlag veröffentlicht
- 29.04.2011 Änderungsvorschläge des ECON-Ausschusses
- 16.11.2011 Rechtsakt abgeschlossen (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung/informeller Trilog)

Artikel	Ziffer	Vorschlag der EK	Änderungsvorschläge EP	Finale Version	#
Artikel 1	-1. Artikel 1 erhält folgende Fassung: [in finaler Version 1.]	[nicht vorhanden]	<p>„Artikel 1</p> <p>In dieser Verordnung werden die Regeln für den Inhalt, die Vorlage und die Prüfung der Stabilitätsprogramme und Konvergenzprogramme und für die Beobachtung von deren Umsetzung im Rahmen der multilateralen Überwachung des Rates und der Kommission festgelegt, um das Entstehen übermäßiger öffentlicher Defizite und Schulden bereits in einem frühen Stadium zu verhindern, die Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu fördern und dadurch die Erreichung der Ziele der Union für Wachstum und Beschäftigung zu unterstützen.</p> <p>Durch diese Verordnung wird die allgemeine Regel aufgestellt, dass die Haushalte der Mitgliedstaaten über einen Wirtschaftszyklus hinweg ausgeglichen sein müssen, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen.“</p>	<p>„Artikel 1</p> <p>In dieser Verordnung werden die Regeln für den Inhalt, die Vorlage und die Prüfung der Stabilitätsprogramme und Konvergenzprogramme und für die Beobachtung von deren Umsetzung im Rahmen der multilateralen Überwachung durch den Rat und die Kommission festgelegt, um das Entstehen übermäßiger öffentlicher Defizite bereits in einem frühen Stadium zu verhindern, die Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu fördern und dadurch die Erreichung der Ziele der Union für Wachstum und Beschäftigung zu unterstützen.“</p> <p>(nicht aufgenommen)</p>	<p>3</p> <p>3</p>
	1. Artikel 2 erhält folgende Fassung:	<p>„Artikel 2</p> <p>Für die Zwecke dieser Verordnung sind „teilnehmende Mitgliedstaaten“ die Mitgliedstaaten, die als Währung den Euro haben, und „Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung“ alle anderen Mitgliedstaaten.“</p>	<p>„Artikel 2</p> <p>Im Sinne dieser Verordnung gelten folgende Begriffsbestimmungen:</p> <p>a) „Teilnehmende Mitgliedstaaten“ sind die Mitgliedstaaten, die als Währung den Euro haben;</p> <p>b) „Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung“ sind alle anderen Mitgliedstaaten.“</p>	<p>„Artikel 2</p> <p>Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck:</p> <p>a) „teilnehmende Mitgliedstaaten“ die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist;</p> <p>b) „nicht teilnehmende Mitgliedstaaten“ alle anderen Mitgliedstaaten.“</p>	1
	1a. Folgender Abschnitt wird eingefügt: [in finaler	[nicht vorhanden]	<p>„ABSCHNITT 1-A: EUROPÄISCHES SEMESTER FÜR DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOORDINIERUNG</p> <p>Artikel 2-a</p> <p>(1) Um eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik und eine dauerhafte Konvergenz der Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten zu gewährleisten, sollte der Rat die in Artikel 121 Absatz 3 AEUV</p>	<p>„ABSCHNITT 1-A: EUROPÄISCHES SEMESTER FÜR DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOORDINIERUNG</p> <p>Artikel 2-a</p> <p>(1) Um eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik und eine dauerhafte Konvergenz der Wirtschaftsleistung der Mitgliedstaaten zu gewährleisten, führt der Rat die multilaterale Überwachung als inte-</p>	3

	Version: 3.]		<p><i>erwähnte multilaterale Überwachung als Bestandteil des Europäischen Semesters für die wirtschaftspolitische Koordinierung (Semester) im Einklang mit den im AEUV festgelegten Zielen und Anforderungen durchführen.</i></p> <p><i>(2) Das Semester umfasst unter anderem</i></p> <p><i>a) die multilaterale Überwachung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme nach der vorliegenden Verordnung,</i></p> <p><i>b) die multilaterale Überwachung der in Artikel 2-ae erwähnten nationalen Reformprogramme,</i></p> <p><i>c) die Bestimmung und Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union (Grundzüge der Wirtschaftspolitik) nach Maßgabe des Artikels 121 Absatz 2 AEUV und der beschäftigungspolitischen Leitlinien, welche die Mitgliedstaaten nach Maßgabe des Artikels 148 Absatz 2 AEUV berücksichtigen, (Beschäftigungsleitlinien),</i></p> <p><i>d) die Umsetzung der Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte nach der Verordnung (EU) Nr. .../2011,</i></p> <p><i>e) die Durchführung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit nach der Verordnung (EG) Nr.</i></p>	<p>gralen Bestandteil des Europäischen Semesters für die wirtschaftspolitische Koordinierung im Einklang mit den im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgelegten Zielen und Anforderungen durch.</p> <p>(2) Dieses Europäische Semester umfasst:</p> <p>c) die Übermittlung und Bewertung der Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten nach dieser Verordnung;</p> <p>d) die Übermittlung und Bewertung der nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten zur Unterstützung der Strategie der Union für Wachstum und Beschäftigung, die gemäß den Leitlinien der Buchstaben a und b und den für die Mitgliedstaaten von der Kommission und vom Europäischen Rat zu Beginn des jährlichen Überwachungszyklus aufgestellten allgemeinen Leitlinien erarbeitet wurden;</p> <p>a) die Bestimmung und Überwachung der Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union (Grundzüge der Wirtschaftspolitik) nach Maßgabe des Artikel 121 Absatz 2 AEUV;</p> <p>b) die Bestimmung und Prüfung der Umsetzung der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 148 Absatz 2 AEUV zu berücksichtigenden beschäftigungspolitischen Leitlinien (beschäftigungspolitische Leitlinien);</p> <p>e) die Überwachung zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte gemäß Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. November 2011 über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (*).</p> <p>(nicht aufgenommen)</p>	<p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p>
--	-----------------	--	---	--	---

			<p>1467/97.</p> <p>(3) Jeder Vorschlag der Kommission, der sich als Teil des Semesters an die Union insgesamt richtet, umfasst eine Folgenabschätzung der vorgeschlagenen politischen Maßnahmen im Einklang mit Artikel 9 AEUV.</p> <p>(4) Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden ordnungsgemäß in das Semester einbezogen, um die Transparenz, die Eigenverantwortung und die Rechenschaftspflicht der getroffenen Entscheidungen zu steigern. Damit die angemessene Einbeziehung des Europäischen Parlaments sichergestellt ist, schließen das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission bis zum 31. Dezember 2011 eine interinstitutionelle Vereinbarung.</p> <p>Diese interinstitutionelle Vereinbarung wird alle drei Jahre überprüft und geändert, falls dies sachgemäß ist.</p> <p>Artikel 2aa</p> <p>Der nach Artikel 134 AEUV eingesetzte Wirtschafts- und Finanzausschuss, der nach Artikel 150 AEUV eingesetzte Beschäftigungsausschuss und der nach Artikel 160 AEUV eingesetzte Ausschuss für Sozialschutz werden im Rahmen des Semesters immer dann konsultiert, wenn dies sachgerecht ist.</p> <p>Alle einschlägigen Beteiligten, insbesondere die Sozialpartner, werden im Rahmen des Semesters zu den wichtigsten politischen Maßnahmen, die von den Institutionen der Union zu erörtern sind, konsultiert.</p>	<p>[nicht aufgenommen]</p> <p>[4] Das Europäische Parlament wird in das Europäische Semester umfassend eingebunden, um die Transparenz, die Eigenverantwortung und die Rechenschaftspflicht für die getroffenen Entscheidungen zu steigern, insbesondere über den Wirtschaftlichen Dialog gemäß Artikel 2-ab dieser Verordnung.</p> <p>[nicht aufgenommen]</p> <p>[unter (4)] Der Wirtschafts- und Finanzausschuss, der Ausschuss für Wirtschaftspolitik, der Beschäftigungsausschuss und der Ausschuss für Sozialschutz werden gegebenenfalls im Rahmen des Europäischen Semesters konsultiert. Die einschlägigen Beteiligten, insbesondere die Sozialpartner, werden im Rahmen des Europäischen Semesters gegebenenfalls in Bezug auf die zentralen politischen Fragen gemäß den Bestimmungen des AEUV und der nationalen rechtlichen und politischen Regelungen eingebunden.</p> <p>Der Präsident des Rates und die Kommission gemäß Artikel 121 AEUV sowie gegebenenfalls der Präsident der Euro-Gruppe erstatten dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat jährlich Bericht über die Ergebnisse der multilateralen Überwachung. Diese</p>	<p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p>
--	--	--	--	--	--

			<div>Berichte sollten Bestandteil des Wirtschaftlichen Dialogs gemäß Artikel 2-ab dieser Verordnung sein.</div> <div>[...].“</div>	
<div>1b. Folgender Abschnitt wird eingefügt: [in finaler Version: 4.]</div>	<div>[nicht vorhanden]</div>	<div>„ABSCHNITT 1-Aa: WIRTSCHAFTLICHER DIALOG</div> <div>Artikel 2-ab</div> <div>Um den Dialog zwischen den Institutionen der Union, insbesondere dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission, einerseits und den nationalen Parlamenten, den nationalen Regierungen und anderen einschlägigen Gremien der Mitgliedstaaten andererseits zu vertiefen und größere Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, kann der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments zur makroökonomischen und haushaltspolitischen Überwachung, die durch den Rat und die Kommission erfolgt, Hearings abhalten und öffentliche Debatten durchführen.“</div>	<div>„ABSCHNITT 1-Aa: WIRTSCHAFTLICHER DIALOG</div> <div>Artikel 2-ab</div> <div>(1) Zur Verbesserung des Dialogs zwischen den Organen der Union, insbesondere zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission und um ein höheres Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, kann der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments den Präsidenten des Rates, die Kommission und gegebenenfalls den Präsidenten des Europäischen Rates oder den Präsidenten der Euro-Gruppe einladen, vor dem Ausschuss zu erscheinen, um Folgendes zu erörtern:</div> <div>[...]</div> <div>[es folgt eine detaillierte Aufzählung der Kontrollbereiche des EP; dieser Artikel findet sich in dieser Form bereits in den Abänderungen des EP vom 23. Juni 2011 auf]</div>	<div>3</div>
<div>1c. Folgender Abschnitt wird eingefügt:</div>	<div>[nicht vorhanden]</div>	<div>„ABSCHNITT -1Ab: NATIONALE REFORMPROGRAMME</div> <div>Artikel 2-ac</div> <div>(1) Die Mitgliedstaaten erstellen nationale Reformprogramme, um ihre Wirtschaftspolitik im Hinblick auf einen Beitrag zur Erreichung der Ziele der Union verfolgen zu können, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des AEUV und unter Achtung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich ihrer Wirtschaftspolitik als einer Angelegenheit von gemeinsamem Interesse nach Artikel 121 Absatz 2 AEUV.</div>	<div>nicht aufgenommen</div>	<div>3</div>

			<p><i>(2) Die nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten unterstützen die Strategie der Union für Wachstum und Arbeitsplätze und enthalten konkrete politische Ziele und damit zusammenhängende Reformen sowie öffentliche und private Investitionen und weitere einschlägige politische Maßnahmen. Sie werden gemäß Folgendem erstellt:</i></p>		3
			<p><i>a) den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und den beschäftigungspolitischen Leitlinien,</i></p>		3
			<p><i>b) den jährlichen politischen Leitlinien des Europäischen Rates und zusätzlichen Verpflichtungen,</i></p>		3
			<p><i>c) etwaigen Stellungnahmen oder Empfehlungen des Rates oder Verwarnungen der Kommission an den betreffenden Mitgliedstaat nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen des AEUV.</i></p>		3
			<p><i>(3) Jeder Mitgliedstaat legt dem Rat und der Kommission alljährlich vor dem 30. April das nationale Reformprogramm zur multilateralen Überwachung gemäß Artikel 121 Absatz 3 AEUV vor.</i></p>		3
			<p><i>(4) Jeder Mitgliedstaat veröffentlicht sein nationales Reformprogramm nach ordnungsgemäßer Einbeziehung des nationalen Parlaments und nach Konsultation nationaler Beteiligter, einschließlich der Sozialpartner.</i></p>		3
			<p><i>(5) Der Rat beaufsichtigt auf der Grundlage von Bewertungen der Kommission und als Teil der multilateralen Überwachung gemäß Artikel 121 AEUV die Umsetzung der nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten gemäß den in Absatz 2 genannten politischen Leitlinien, Verpflichtungen, Empfehlungen und Verwarnungen.</i></p>		3
			<p><i>(6) Bei den Bewertungen durch die Kommission werden die Informationen berücksichtigt, die von den</i></p>		3

			<p><i>Mitgliedstaaten, vor allem denen des Euro-Währungsgebiets, untereinander und der Kommission über geplante wirtschaftspolitische Entscheidungen mit erwarteten erheblichen Spill-over-Effekten bereitgestellt werden und die über das Potenzial verfügen, das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion zu gefährden.</i></p> <p><i>(7) Der Rat bewertet auf der Grundlage einer Empfehlung der Kommission, ob die ökonomischen Annahmen, auf denen die nationalen Reformprogramme beruhen, plausibel sind.</i></p> <p><i>(8) Der Rat gibt auf Vorschlag der Kommission eine Stellungnahme zu jedem nationalen Reformprogramm ab. Gelangt der Rat zu der Auffassung, dass die Ziele und Inhalte eines Programms anspruchsvoller formuliert werden sollten, so richtet er in seiner Stellungnahme eine Empfehlung an den betreffenden Mitgliedstaat, eine Anpassung der politischen Maßnahme, die er in seiner nationalen Reform vorgelegt hat, binnen zwei Monaten vorzulegen. Das angepasste Programm wird vom Rat und von der Kommission gemäß dem Verfahren dieses Artikels geprüft.</i></p> <p><i>(9) Bei einer erheblichen Abweichung von den politischen Zielen, die in der Stellungnahme gemäß Absatz 8 festgelegt werden, richtet die Kommission eine Verwarnung an den Mitgliedstaat. Die Verwarnung wird öffentlich gemacht. Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission auch eine Empfehlung an den betreffenden Mitgliedstaat richten, die notwendigen Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen.</i></p> <p><i>(10) Der Präsident des Rates und der Präsident der Kommission erstatten jährlich dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat Bericht über die Ergebnisse der multilateralen Überwachung gemäß Artikel 121 Absatz 5 AEUV. Hat der Rat schwere Bedenken hinsichtlich des Fortschritts, den ein Mitglied-</i></p>		<p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p>
--	--	--	--	--	-------------------------------------

			<p>staat erreicht hat, kann der Rat auf Vorschlag der Kommission dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat einen Bericht vorlegen.</p> <p>(11) In den in den Absätzen 9 und 10 erwähnten Fällen kann das Europäische Parlament den betreffenden Mitgliedstaat einladen, seine Politik vor seinem zuständigen Ausschuss zu erläutern.</p>		3
	<p>1d. Artikel 2a erhält folgende Fassung: [in finaler Version: 5.]</p>	[nicht vorhanden]	<p>„Jeder Mitgliedstaat setzt sich ein differenziertes mittelfristiges Ziel für seine Haushaltslage. Diese mitgliedstaatspezifischen mittelfristigen Haushaltsziele können von der Anforderung eines nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalts abweichen und gleichzeitig eine Sicherheitsmarge im Hinblick auf die öffentliche Defizitquote von 3 % des BIP vorsehen. Jedes mittelfristige Haushaltsziel gewährleistet tragfähige öffentliche Finanzen oder einem raschen Fortschritt in Richtung auf eine solche Tragfähigkeit und eröffnet gleichzeitig in diesem Zusammenhang einen haushaltspolitischen Spielraum insbesondere für die erforderlichen öffentlichen Investitionen.</p> <p>Unter Berücksichtigung dieser Faktoren bewegen sich die länderspezifischen mittelfristigen Haushaltsziele für die Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, und die Mitgliedstaaten des WKM2 innerhalb einer konkreten Spanne, die konjunkturbereinigt und ohne Anrechnung einmaliger und befristeter Maßnahmen zwischen -1 % des BIP und einem ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalt liegt.</p> <p>Das mittelfristige Haushaltsziel wird alle drei Jahre überprüft und gegebenenfalls öfter im Falle der Umsetzung einer größeren Strukturreform.</p>	<p>„Artikel 2a</p> <p>Jeder Mitgliedstaat setzt sich ein differenziertes mittelfristiges Haushaltsziel für seine Haushaltslage. Diese länderspezifischen mittelfristigen Haushaltsziele können von der Anforderung eines nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalts abweichen und gleichzeitig eine Sicherheitsmarge im Hinblick auf die öffentliche Defizitquote von 3 % des BIP vorsehen. Diese mittelfristigen Haushaltsziele gewährleisten tragfähige öffentliche Finanzen oder einen raschen Fortschritt in Richtung auf eine solche Tragfähigkeit und eröffnen gleichzeitig einen haushaltspolitischen Spielraum, wobei insbesondere der Notwendigkeit von öffentlichen Investitionen Rechnung getragen wird.</p> <p>Unter Berücksichtigung dieser Faktoren bewegen sich die länderspezifischen mittelfristigen Haushaltsziele für die teilnehmenden Mitgliedstaaten und für die Mitgliedstaaten, die am WKM2 teilnehmen innerhalb einer konkreten Spanne, die konjunkturbereinigt und ohne Anrechnung einmaliger und befristeter Maßnahmen zwischen -1 % des BIP und einem ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalt liegt.</p> <p>Das mittelfristige Haushaltsziel wird alle drei Jahre überprüft. Das mittelfristige Haushaltsziel eines Mitgliedstaats kann weiter angepasst werden, wenn eine strukturelle Reform mit erheblichen Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen umgesetzt wird.</p>	3

			<p><i>Das mittelfristige Haushaltsziel ist ein integraler Bestandteil der nationalen mittelfristigen Haushaltsrahmen im Einklang mit dieser Verordnung und der Richtlinie 2011/.../EU des Rates über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten.“</i></p>	<p>Die Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels wird gemäß Kapitel IV der Richtlinie 2011/85/EU vom 8. November 2011 des Rates über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten (*) in den nationalen mittelfristigen Haushaltsrahmen aufgenommen.</p> <p>(*) ABl. L 306 vom 23.11.2011, S. 41.“</p>	
	<p>1e. Folgender Abschnitt wird eingefügt:</p>	<p>[nicht vorhanden]</p>	<p>„ABSCHNITT 1Aa: NATIONALE EIGENVERANTWORTUNG</p> <p>Artikel 2aa</p> <p><i>(1) Jeder teilnehmende Mitgliedstaat integriert die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie die aus dem AEUV erwachsenden Verpflichtungen im Bereich der Haushaltspolitik in das nationale Recht.</i></p> <p><i>Teilnehmende Mitgliedstaaten schaffen einen mittelfristigen Haushaltsrahmen mit einem Finanzplanungshorizont von mindestens vier Jahren, damit sie ein sinnvolles mittelfristiges Ziel festlegen können.</i></p> <p><i>(2) Für teilnehmende Mitgliedstaaten gewährleisten unabhängige Gremien und Institutionen, die im Bereich der Haushaltspolitik tätig sind, eine informierte nationale Debatte über aktuelle strukturelle Haushaltspositionen und über die mittelfristigen Ziele, wie sie in dieser Verordnung festgelegt sind.</i></p> <p><i>(3) Teilnehmende Mitgliedstaaten legen nationale numerische Haushaltsregeln, die wirksam zur Einhaltung ihrer jeweiligen aus dem AEUV erwachsenden Verpflichtungen im Bereich der Haushaltspolitik beitragen. Solche numerische Haushaltsregeln stehen in vollkommenem Einklang mit dem mittelfristigen Ziel und ergänzen es.</i></p> <p><i>(4) Teilnehmende Mitgliedstaaten erarbeiten nationale Haushaltsrahmen, durch die die Einhaltung der</i></p>	<p>[nicht übernommen]</p>	<p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p>

			<p><i>Ziele des Stabilitäts- und Wachstumspakt sichergestellt wird. Die Erarbeitung nationaler Haushaltsrahmen kann über das nationale Recht oder durch eine politische Vereinbarung auf nationaler Ebene erfolgen. Bei der Erarbeitung ihrer nationalen Haushaltsrahmen gehen die teilnehmenden Mitgliedstaaten gegebenenfalls über die Mindestanforderungen gemäß der Richtlinie 2011/.../EU des Rates über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten hinaus. Die teilnehmenden Mitgliedstaaten bemühen sich um eine parlamentarische Billigung ihrer Stabilitätsprogramme. Wenn es keine parlamentarische Billigung gab, wird dies im Stabilitätsprogramm vermerkt.</i></p> <p><i>(5) Die Mitgliedstaaten haben insbesondere bei der Aufstellung ihrer Haushalte die Orientierungen und Empfehlungen des Rates und der Kommission zu berücksichtigen und die nationalen Parlamente in die Verfahren zur wirtschaftspolitischen Koordinierung in geeigneter Weise einzubeziehen. Bei der Vorlage des Haushaltsentwurfes bei dem nationalen Parlament legen die Mitgliedstaaten auch etwaige Stellungnahmen des Rates oder der Kommission zum Stabilitätsprogramm und im Falle einer erheblichen Abweichung vom Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 3 dieser Verordnung die Empfehlung der Kommission zusammen mit einer Erläuterung vor, wie diese Stellungnahmen und Empfehlungen berücksichtigt wurden.</i></p> <p><i>(6) Die Mitgliedstaaten gewährleisten die fachliche Unabhängigkeit der einzelstaatlichen statistischen Stellen, die mit dem in der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 festgelegten Verhaltenskodex für europäische Statistiken im Einklang stehen, und der nationalen Rechnungshöfe. Dies erfordert mindestens</i></p> <p><i>a) transparente Einstellungs- und Entlassungsprozesse, die vom Ergebnis politischer Wahlen unabhängig sein müssen,</i></p>		<p>3</p> <p>3</p> <p>3</p>
--	--	--	--	--	----------------------------

			<p><i>b) die Zuweisung von Haushaltsmitteln, die jährlich zu erfolgen hat,</i></p> <p><i>c) das Datum der Veröffentlichung statistischer Informationen, das mindestens ein Jahr im Voraus zu bestimmen ist.</i></p>		<p>3</p> <p>3</p>
	<p>1f. Folgender Abschnitt wird eingefügt:</p>	<p>[nicht vorhanden]</p>	<p>„ABSCHNITT 1Ab: ANHÖRUNG DES PRÄSIDENTEN DER EUROGRUPPE</p> <p>Artikel 2ab</p> <p><i>Der Präsident der Eurogruppe kann auf Anforderung des Europäischen Parlaments oder aus eigener Initiative von den zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments insbesondere zu dem Arbeitsprogramm der Eurogruppe und der wirtschaftlichen Lage im Euro-Währungsgebiet, der Entwicklung makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet, der Wettbewerbsfähigkeit in den teilnehmenden Mitgliedstaaten und der tatsächlichen Konvergenz ihrer Volkswirtschaften, der Nachhaltigkeit der Haushaltslage der teilnehmenden Mitgliedstaaten und der Erreichung ihrer Stabilitätsprogramme und nationalen Reformpläne sowie der Entwicklung makroökonomischer Ungleichgewichte innerhalb der Union angehört werden.</i></p>	<p>[unter „4. Folgender Abschnitt wird eingefügt:“]</p> <p>„ABSCHNITT 1-Aa: WIRTSCHAFTLICHER DIALOG</p> <p>Artikel 2-ab</p> <p>(1) Zur Verbesserung des Dialogs zwischen den Organen der Union, insbesondere zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission und um ein höheres Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, kann der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments den Präsidenten des Rates, die Kommission und gegebenenfalls den Präsidenten des Europäischen Rates oder den Präsidenten der Euro-Gruppe einladen, vor dem Ausschuss zu erscheinen, um Folgendes zu erörtern:</p> <p>[...]</p>	<p>3</p>
	<p>2. Artikel 3 wird wie folgt geändert: [in finaler Version: 6.]</p>	<p>a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(1) Jeder teilnehmende Mitgliedstaat legt dem Rat und der Kommission die zur regelmäßigen multilateralen Überwachung im Sinne von Artikel 121 AEUV erforderlichen Angaben in Form eines Stabilitätsprogramms vor, das eine wesentliche Grundlage für Preisstabilität und für ein starkes, nachhaltiges und der Schaffung von Arbeitsplätzen förderliches Wachstum bildet.“</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p>	<p>a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(1) Jeder teilnehmende Mitgliedstaat legt dem Rat und der Kommission die zur regelmäßigen multilateralen Überwachung im Sinne von Artikel 121 AEUV erforderlichen Angaben in Form eines Stabilitätsprogramms vor, das eine wesentliche Grundlage für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die der Preisstabilität förderlich ist, für ein starkes, nachhaltiges Wachstum und für die Schaffung von Arbeitsplätzen bildet.“</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p>	<p>a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(1) Jeder teilnehmende Mitgliedstaat legt dem Rat und der Kommission die zur regelmäßigen multilateralen Überwachung im Sinne von Artikel 121 AEUV erforderlichen Angaben in Form eines Stabilitätsprogramms vor, das eine wesentliche Grundlage für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bildet, welche der Preisstabilität, starkem, nachhaltigem Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen förderlich ist.“</p> <p>b) In Absatz 2 erhalten die Buchstaben a, b und c fol-</p>	<p>2</p>

		<p>i) Buchstabe a erhält folgende Fassung:</p> <p>„a) das mittelfristige Haushaltsziel sowie den Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel für den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo in Prozent des BIP, die voraussichtliche Entwicklung der öffentlichen Schuldenquote, den bei den Staatsausgaben geplanten Wachstumspfad, den bei den Staatseinnahmen geplanten Wachstumspfad bei unveränderter Politik sowie eine Quantifizierung der auf der Einnahmenseite geplanten diskretionären Maßnahmen;“</p>	<p>i) Buchstabe a erhält folgende Fassung:</p> <p>„a) das mittelfristige Haushaltsziel sowie den Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel für den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo in Prozent des BIP, die voraussichtliche Entwicklung der öffentlichen Schuldenquote, den bei den Staatsausgaben – einschließlich der entsprechenden Zuweisungen für Bruttoanlageinvestitionen – geplanten Wachstumspfad, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedingungen und Kriterien für die Feststellung des Ausgabenwachstums gemäß Artikel 5 Absatz 1, den bei den Staatseinnahmen geplanten Wachstumspfad bei unveränderter Politik sowie eine Quantifizierung der auf der Einnahmenseite geplanten diskretionären Maßnahmen;“</p> <p>ia) Folgender Buchstabe wird eingefügt:</p> <p>„aa) die voraussichtliche Entwicklung der öffentlichen Schuldenquote sowie Angaben über implizite und Eventualverbindlichkeiten, wie erwartete Haushaltskosten im Zusammenhang mit dem Altern und staatlichen Bürgschaften, wobei die genaue Art dieser Angaben in einem harmonisierten Rahmen, der von der Kommission zu erstellen ist, festgelegt wird;“</p> <p>ib) Folgender Buchstabe wird eingefügt:</p> <p>„ab) Informationen zur Vereinbarkeit des Stabilitätsprogramms mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und dem nationalen Reformprogramm;“</p>	<p>gende Fassung:</p> <p>„a) das mittelfristige Haushaltsziel sowie den Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel für den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo in Prozent des BIP, die voraussichtliche Entwicklung der öffentlichen Schuldenquote, den bei den Staatsausgaben – einschließlich der entsprechenden Ausgaben für Bruttoanlageinvestitionen – geplanten Wachstumspfad, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedingungen und Kriterien für die Feststellung des Ausgabenwachstums gemäß Artikel 5 Absatz 1, den bei den Staatseinnahmen geplanten Wachstumspfad bei unveränderter Politik sowie eine Quantifizierung der auf der Einnahmenseite geplanten diskretionären Maßnahmen;</p> <p>aa) Informationen über implizite Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung sowie Eventualverbindlichkeiten wie staatliche Bürgschaften mit möglicherweise erheblichen Auswirkungen auf den gesamtstaatlichen Haushalt;</p> <p>ab) Informationen zur Vereinbarkeit des Stabilitätsprogramms mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und dem nationalen Reformprogramm;</p>	<p>2</p> <p>3</p> <p>3</p>
		<p>ii) Buchstabe c erhält folgende Fassung:</p> <p>„c) eine quantitative Bewertung der haushaltspolitischen und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Erreichung der Programmziele unternommen oder vorgeschlagen werden, darunter eine Kosten-Nutzen-Analyse für größere Strukturreformen, die – u.a. durch Steigerung des Potenzialwachstums – direkte langfristige Kosteneinsparungseffekte haben;“</p>	<p>ii) Buchstabe c erhält folgende Fassung:</p> <p>„c) eine quantitative Bewertung der haushaltspolitischen und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Erreichung der Programmziele unternommen oder vorgeschlagen werden, darunter eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse für größere Strukturreformen, die – u.a. durch Steigerung des nachhaltigen Potenzialwachstums – direkte langfristige positive Auswirkungen auf den Haushalt haben;</p>	<p>c) eine quantitative Bewertung der haushaltspolitischen und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Erreichung der Programmziele unternommen oder vorgeschlagen werden, darunter eine Kosten-Nutzen-Analyse für größere Strukturreformen, die – auch durch Steigerung des potentiellen nachhaltigen Wachstums – direkte langfristige positive Auswirkungen auf den Haushalt haben;“</p>	<p>1</p> <p>1</p>

		<p>c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(3) Die Angaben zur Entwicklung von gesamtsstaatlichem Saldo und gesamtsstaatlicher Schuldenquote, zum Wachstum der Staatsausgaben, zu dem bei den Staatseinnahmen geplanten Wachstumspfad bei unveränderter Politik, zu den auf der Einnahmenseite geplanten diskretionären Maßnahmen sowie die in Absatz 2 Buchstaben a und b genannten wichtigsten ökonomischen Annahmen werden auf Jahresbasis erstellt und beziehen sich auf das Vorjahr, das laufende Jahr und mindestens die drei folgenden Jahre.“</p>	<p>ba) Folgender Absatz wird eingefügt:</p> <p><i>„(2a) Das Stabilitätsprogramm gründet sich auf realistische und vorsichtige makroökonomische und haushaltspolitische Prognosen unter Verwendung der aktuellsten Informationen. Die Haushaltsplanung muss auf dem wahrscheinlichsten makro-finanzipolitischen Szenario basieren oder auf eine vorsichtigeren Szenario, wobei Abweichungen vom wahrscheinlichsten Szenario genau anzugeben sind. Die makroökonomischen Prognosen und Haushaltsprognosen werden unter angemessener Berücksichtigung der Kommissionsprognosen sowie der Prognosen anderer unabhängiger Gremien erstellt. Erhebliche Abweichungen zwischen dem gewählten makrofinanzpolitischen Szenario und den Kommissionsprognosen sind im Stabilitätsprogramm zu erläutern.“</i></p> <p>c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(3) Die Angaben zur Entwicklung von gesamtsstaatlichem Saldo und gesamtsstaatlicher Schuldenquote, zum Wachstum der Staatsausgaben, zu dem bei den Staatseinnahmen geplanten Wachstumspfad bei unveränderter Politik, zu den auf der Einnahmenseite geplanten, angemessen quantifizierten diskretionären Maßnahmen sowie die in Absatz 2 Buchstaben a, aa, ab und b genannten wichtigsten ökonomischen Annahmen werden auf Jahresbasis erstellt und beziehen sich auf das Vorjahr, das laufende Jahr und mindestens die drei folgenden Jahre.“</p>	<p>c) Folgender Absatz wird eingefügt:</p> <p>„(2a) Das Stabilitätsprogramm muss auf dem wahrscheinlichsten makrobudgetären Szenario oder auf einem vorsichtigeren Szenario basieren. Die makroökonomischen und haushaltspolitischen Prognosen werden mit den aktuellsten Prognosen der Kommission und gegebenenfalls denjenigen anderer unabhängiger Gremien verglichen. Erhebliche Abweichungen zwischen dem gewählten makrobudgetären Szenario und den Prognosen der Kommission müssen begründet werden, insbesondere wenn der Umfang oder die Höhe der externen Annahmen erheblich von den Angaben in den Prognosen der Kommission abweichen. Die genaue Art der Angaben in Absatz 2 Buchstaben a, aa, b, c und d wird von der Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten in einem harmonisierten Rahmen dargelegt.“</p> <p>d) Absatz 3 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(3) Die Angaben zur Entwicklung von gesamtsstaatlichem Haushaltsaldo und gesamtsstaatlicher Schuldenquote, zum Wachstum der Staatsausgaben, zu dem bei den Staatseinnahmen geplanten Wachstumspfad bei unveränderter Politik, zu den auf der Einnahmenseite geplanten, angemessen quantifizierten diskretionären Maßnahmen sowie den in Absatz 2 Buchstaben a und b genannten wichtigsten ökonomischen Annahmen werden auf Jahresbasis erstellt und beziehen sich auf das Vorjahr, das laufende Jahr und mindestens die drei folgenden Jahre.</p> <p>(4) [...]“</p>	<p>3</p> <p>2</p>
<p>3. Artikel 4 erhält folgende Fassung:</p>	<p>„Artikel 4</p> <p>(1) Stabilitätsprogramme sind alljährlich zwischen dem 1. und dem 30. April vorzulegen. Führt ein Mitgliedstaat den Euro ein, legt er innerhalb von sechs Monaten nach dem Beschluss des Rates über seine Teilnah-</p>	[...]	[...]	[...]	

	<i>[in finaler Version: 7.]</i>	<p>me am Euroraum ein Stabilitätsprogramm vor.</p> <p>(2) Die Mitgliedstaaten veröffentlichen ihre Stabilitätsprogramme.“</p>			
	<p>4. Artikel 5 erhält folgende Fassung: <i>[in finaler Version: 8.]</i></p>	<p>„Artikel 5</p> <p>(1) Im Rahmen der multilateralen Überwachung nach Artikel 121 AEUV prüft der Rat anhand von Bewertungen der Kommission und des Wirtschafts- und Finanzausschusses das von dem betreffenden Mitgliedstaat angegebene mittelfristige Haushaltsziel; ferner bewertet er, ob die ökonomischen Annahmen, auf denen das Programm beruht, plausibel sind, ob der Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel angemessen ist und ob die laufenden oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Einhaltung dieses Anpassungspfads ausreichen, um das mittelfristige Ziel im Laufe des Konjunkturzyklus zu erreichen.</p> <p>Bei der Beurteilung des Anpassungspfads in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel prüft der Rat, ob der betreffende Mitgliedstaat eine zur Erreichung dieses mittelfristigen Haushaltsziels angemessene jährliche Verbesserung seines konjunkturbereinigten Haushaltssaldos ohne Anrechnung einmaliger und sonstiger befristeter Maßnahmen verfolgt, wobei ein Richtwert von 0,5 % des BIP zugrunde gelegt wird. Bei Mitgliedstaaten mit hohem Schuldenstand oder übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichten oder beidem prüft der Rat, ob die jährliche Verbesserung des konjunkturbereinigten Haushaltssaldos ohne einmalige und sonstige befristete Maßnahmen über 0,5 % des BIP hinausgeht. Der Rat berücksichtigt dabei, ob in Zeiten günstiger Konjunktur stärkere Anpassungsanstrengungen unternommen werden, während die Anstrengungen in Zeiten ungünstiger Konjunktur geringer ausfallen können.</p>	<p>„Artikel 5</p> <p>(1) Im Rahmen der multilateralen Überwachung nach Artikel 121 AEUV prüft der Rat anhand von Bewertungen der Kommission und des Wirtschafts- und Finanzausschusses das mittelfristige Haushaltsziel nach den Angaben des betreffenden Mitgliedstaats in seinem Stabilitätsprogramm; ferner bewertet er, ob die ökonomischen Annahmen, auf denen das Programm beruht, plausibel sind, ob der Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel angemessen ist – einschließlich der Prüfung des begleitenden Pfades für die Schuldenquote – und ob die laufenden oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Einhaltung dieses Anpassungspfads ausreichen, um das mittelfristige Ziel im Laufe des Konjunkturzyklus zu erreichen.</p> <p>[...]</p>	<p>„Artikel 5</p> <p>(1) Auf der Grundlage von Bewertungen der Kommission und des Wirtschafts- und Finanzausschusses prüft der Rat im Rahmen der multilateralen Überwachung nach Artikel 121 AEUV das von dem betreffenden Mitgliedstaat angegebene mittelfristige Haushaltsziel nach den Angaben in seinem Stabilitätsprogramm; ferner bewertet er, ob die ökonomischen Annahmen, auf denen das Programm beruht, plausibel sind, ob der Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel angemessen ist – einschließlich der Prüfung des begleitenden Pfades für die Schuldenquote – und ob die laufenden oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Einhaltung dieses Anpassungspfads ausreichen, um das mittelfristige Haushaltsziel im Laufe des Konjunkturzyklus zu erreichen.DE 23.11.2011 Amtsblatt der Europäischen Union L 306/17</p> <p>[...]</p>	<p>2</p> <p>2</p>

		<p>Um zu gewährleisten, dass das mittelfristige Haushaltsziel tatsächlich erreicht und gehalten wird, vergewissert sich der Rat, dass das Wachstum der Staatsausgaben bei gleichzeitiger Berücksichtigung der einnahmenseitig getroffenen oder geplanten Maßnahmen mit einer vorsichtigen Haushaltspolitik vereinbar ist.</p> <p>Die Haushaltspolitik ist als vorsichtig und somit als der Erreichung und dauerhaften Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels förderlich zu betrachten, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:</p> <p>a) bei Mitgliedstaaten, die das mittelfristige Haushaltsziel erreicht haben, geht das jährliche Ausgabenwachstum nicht über eine vorsichtige mittelfristige BIP Wachstumsrate hinaus, es sei denn, die Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen;</p> <p>b) bei Mitgliedstaaten, die ihr mittelfristiges Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, liegt das jährliche Ausgabenwachstum unterhalb einer vorsichtigen mittelfristigen BIP-Wachstumsrate, es sei denn, die Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen; der Abstand der Staatsausgaben-Wachstumsrate zu einer vorsichtigen mittelfristigen BIP-Wachstumsrate wird so festgesetzt, dass eine angemessene Korrektur in Richtung des mittelfristigen Haushaltsziels sichergestellt ist;</p> <p>c) jede diskretionäre Senkung der Staatseinnahmen wird entweder durch Ausgabenkürzungen oder durch eine diskretionäre Erhöhung anderer Staatseinnahmen in gleicher Höhe oder durch beides ausgeglichen.</p>	<p>Ausreichende Fortschritte in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel werden auf der Grundlage einer Gesamtbewertung evaluiert, bei der der strukturelle Saldo als Referenz dient, einschließlich einer Analyse der Ausgaben ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen. Zu diesem Zweck prüfen der Rat und die Kommission, ob das Wachstum der Staatsausgaben bei gleichzeitiger Berücksichtigung der einnahmenseitig getroffenen oder geplanten Maßnahmen im Einklang mit den folgenden Bedingungen steht:</p> <p>I</p> <p>a) bei Mitgliedstaaten, die das mittelfristige Haushaltsziel erreicht haben, geht das jährliche Ausgabenwachstum nicht über eine mittelfristigen Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums hinaus, es sei denn, eine Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen;</p> <p>b) bei Mitgliedstaaten, die ihr mittelfristiges Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, liegt das jährliche Ausgabenwachstum unterhalb einer mittelfristigen Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums, es sei denn, eine Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen. Der Abstand der Staatsausgaben-Wachstumsrate zu einer mittelfristigen Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums wird so festgesetzt, dass eine angemessene Korrektur in Richtung des mittelfristigen Haushaltsziels sichergestellt ist;</p> <p>c) bei Mitgliedstaaten, die ihr mittelfristiges Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, wird jede diskretionäre Senkung der Staatseinnahmen entweder durch Ausgabenkürzungen oder durch eine diskretionäre Erhöhung anderer Staatseinnahmen in gleicher Höhe oder durch beides ausgeglichen.</p>	<p>Ausreichende Fortschritte in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel werden auf der Grundlage einer Gesamtbewertung evaluiert, bei der der strukturelle Haushaltsaldo als Referenz dient, einschließlich einer Analyse der Ausgaben ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen. Hierzu prüfen der Rat und die Kommission, ob das Wachstum der Staatsausgaben bei gleichzeitiger Berücksichtigung der einnahmenseitig getroffenen oder geplanten Maßnahmen im Einklang mit den folgenden Bedingungen steht:</p> <p>a) bei Mitgliedstaaten, die das mittelfristige Haushaltsziel erreicht haben, geht das jährliche Ausgabenwachstum nicht über eine mittelfristige Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums hinaus, es sei denn, eine Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen;</p> <p>b) bei Mitgliedstaaten, die ihr mittelfristiges Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, liegt das jährliche Ausgabenwachstum unterhalb einer mittelfristigen Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums, es sei denn, eine Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen; der Abstand der Staatsausgaben-Wachstumsrate zu einer mittelfristigen Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums wird so festgesetzt, dass eine angemessene Korrektur in Richtung des mittelfristigen Haushaltsziels sichergestellt ist;</p> <p>c) bei Mitgliedstaaten, die ihr mittelfristiges Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, wird jede diskretionäre Senkung der Staatseinnahmen entweder durch Ausgabenkürzungen oder durch eine diskretionäre Erhöhung anderer Staatseinnahmen in gleicher Höhe oder durch beides ausgeglichen.</p>	<p>3</p> <p>1</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>2</p>
--	--	---	--	--	---

			<p><i>Die Gesamtausgaben dürfen keine Zinszahlungen, keine Ausgaben für EU-Programme, die vollständig durch Einnahmen aus EU-Fonds ausgeglichen werden, und keine nicht-diskretionären Änderungen der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung beinhalten.</i></p> <p><i>Ein Ausgabenwachstum, das über die mittelfristige Referenzrate hinausgeht, darf nicht als Verletzung des Richtwerts betrachtet werden, insofern es vollständig durch gesetzlich vorgeschriebene Einnahmensteigerungen ausgeglichen wird.</i></p> <p>Die ■ mittelfristige Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums sollte anhand von vorwärts gerichteten Projektionen bewertet werden, oder anhand von rückwärts gerichteten Projektionen, falls Letztere nicht zu einem langsameren Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Ziel führen. Die Projektionen müssen regelmäßig aktualisiert werden. Die Kommission macht eine transparente, unabhängige und mit Gründen versehene Bewertung der Methode dieser Projektionen öffentlich.</p> <p>Wenn der Rat und die Kommission für Länder, die das mittelfristige Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, den Anpassungspfad zur Erreichung dieses Ziels festlegen und bei Ländern, die dieses Ziel bereits erreicht haben, eine befristete Abweichung von diesem Ziel zulässt, sofern eine angemessene Sicherheitsmarge zum Defizit-Referenzwert beibehalten und erwartet wird, dass die Haushaltslage im Programmzeitraum wieder zum mittelfristigen Haushaltsziel zurückkehrt, trägt er größeren Strukturreformen Rechnung, die — auch durch Steigerung des Potenzialwachstums — direkte langfristige Kosteneinsparungseffekte und mithin nachprüfbar Auswirkungen auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen haben.</p> <p>Besondere Aufmerksamkeit gilt Rentenreformen, durch die ein Mehssäulensystem mit einer gesetzlichen, vollständig kapitalgedeckten Säule eingeführt wird.</p> <p>Mitgliedstaaten, die solche Reformen durchführen,</p>	<p>Die Gesamtausgaben dürfen keine Zinszahlungen, keine Ausgaben für Unionsprogramme, die vollständig durch Einnahmen aus Fonds der Union ausgeglichen werden, und keine nicht-diskretionären Änderungen der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung beinhalten.</p> <p>Ein Ausgabenwachstum, das über die mittelfristige Referenzrate hinausgeht, darf nicht als Verletzung des Richtwerts betrachtet werden, insofern es vollständig durch gesetzlich vorgeschriebene Einnahmensteigerungen ausgeglichen wird.</p> <p>Die mittelfristige Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums wird auf der Grundlage vorwärts gerichteter Projektionen und rückwärts gerichteter Schätzungen bestimmt. Die Projektionen werden regelmäßig aktualisiert. Die Kommission veröffentlicht die Berechnungsmethode für diese Projektionen und die daraus abgeleitete mittelfristige Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums.</p> <p>Bei der Festlegung des Anpassungspfads zur Erreichung des mittelfristigen Haushaltsziels für Mitgliedstaaten, die dieses Ziel noch nicht erreicht haben, und wenn Mitgliedstaaten, die es bereits erreicht haben, eine befristete Abweichung von diesem Ziel eingeräumt wird, sofern eine angemessene Sicherheitsmarge zum Defizit-Referenzwert beibehalten und erwartet wird, dass die Haushaltslage im Programmzeitraum wieder zum mittelfristigen Haushaltsziel zurückkehrt, tragen der Rat und die Kommission größeren Strukturreformen Rechnung, die — auch durch Steigerung des nachhaltigen Potenzialwachstums — direkte langfristige positive Auswirkungen auf den Haushalt und mithin nachprüfbar Auswirkungen auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen haben.</p> <p>[...]</p>	<p>3</p> <p>3</p> <p>2</p> <p>3</p>
--	--	--	--	---	-------------------------------------


		<p>dürfen vom Anpassungspfad in Richtung auf ihr mittelfristiges Haushaltsziel oder von dem Ziel selbst mit der Maßgabe abweichen, dass die Abweichung den Nettokosten der Reform für die von der öffentlichen Hand finanzierte Säule entspricht und vorübergehend ist und dass eine angemessene Sicherheitsmarge zum Defizit-Referenzwert beibehalten wird.</p> <p>Der Rat prüft ferner, ob die im Stabilitätsprogramm enthaltenen Angaben die Erreichung dauerhafter Konvergenz im Euroraum und eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik erleichtern und ob die Wirtschaftspolitik des betreffenden Mitgliedstaats mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union vereinbar ist.</p> <p>Bei einem schweren allgemeinen Konjunkturabschwung kann den Mitgliedstaaten gestattet werden, vorübergehend von dem bei einer vorsichtigen Haushaltspolitik im Sinne von Unterabsatz 4 gebotenen Anpassungspfad abzuweichen.</p> <p>(2) Die Prüfung eines Stabilitätsprogramms durch den Rat erfolgt innerhalb von drei Monaten nach Vorlage des Programms. Der Rat gibt auf Empfehlung der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses bei Bedarf eine Stellungnahme zu dem Programm ab. Gelangt der Rat gemäß Artikel 121 AEUV zu der Auffassung, dass die Ziele und Inhalte des Programms mit besonderem Verweis auf eine vorsichtige Haushaltspolitik anspruchsvoller formuliert werden sollten, fordert er den betreffenden Mitgliedstaat in seiner Stellungnahme zur Anpassung des Programms auf.“</p>	<p>Der Rat und die Kommission prüfen ferner, ob die im Stabilitätsprogramm enthaltenen Angaben die Erreichung dauerhafter und echten Konvergenz im Euro-Währungsgebiet und eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik erleichtern und ob die Wirtschaftspolitik des betreffenden Mitgliedstaats mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und den beschäftigungspolitischen Leitlinien der Mitgliedstaaten und der Union vereinbar ist.</p> <p>Bei einem außergewöhnlichen Ereignis, das sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaats entzieht und erhebliche Auswirkungen auf den strukturellen gesamtsstaatlichen Saldo von mindestens 0,5 % des BIP in einem Jahr hat, oder bei einem schweren Konjunkturabschwung im Euro-Währungsgebiet oder in der Union insgesamt kann den Mitgliedstaaten gestattet werden, vorübergehend von dem Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Ziel gemäß Unterabsatz 3 abzuweichen, vorausgesetzt dies gefährdet nicht die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.</p> <p>(2) Die Kommission prüft das Stabilitätsprogramm innerhalb von drei Monaten nach Vorlage des Programms. Die Kommission empfiehlt nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses bei Bedarf dem Rat, eine Stellungnahme zu dem Programm abzugeben. Wird die Stellungnahme nicht innerhalb von zehn Tagen abgelehnt, so gilt sie als vom Rat angenommen. Müssen die Ziele und Inhalte des Programms mit besonderem Verweis auf den Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel anspruchsvoller formuliert werden, wird der betreffende Mitgliedstaat in der Stellungnahme zur Anpassung des Programms aufgefordert.“</p>	<p>Der Rat und die Kommission prüfen ferner, ob das Stabilitätsprogramm die Erreichung dauerhafter und echter Konvergenz im Euro-Währungsgebiet und eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik erleichtert und ob die Wirtschaftspolitik des betreffenden Mitgliedstaats mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und den beschäftigungspolitischen Leitlinien der Mitgliedstaaten und der Union vereinbar ist.</p> <p>Bei einem außergewöhnlichen Ereignis, das sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaats entzieht und erhebliche Auswirkungen auf die Lage der öffentlichen Finanzen hat, oder bei einem schweren Konjunkturabschwung im Euro-Währungsgebiet oder in der Union insgesamt kann den Mitgliedstaaten gestattet werden, vorübergehend von dem Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel gemäß Unterabsatz 3 abzuweichen, vorausgesetzt, dies gefährdet nicht die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.</p> <p>(2) Der Rat und die Kommission prüfen das Stabilitätsprogramm innerhalb von höchstens drei Monaten nach Vorlage des Programms. Der Rat nimmt auf Empfehlung der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses bei Bedarf eine Stellungnahme zu dem Programm an. mit besonderem Verweis auf den Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel anspruchsvoller formuliert werden sollten, fordert er den betreffenden Mitgliedstaat in seiner Stellungnahme zur Anpassung des Programms auf.“</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>1</p> <p>3</p> <p>1</p>
--	--	---	--	--	---

	<p>5. Artikel 6 erhält folgende Fassung: [in finaler Version: 9.]</p>	<p>„Artikel 6</p> <p>(1) Im Rahmen der multilateralen Überwachung gemäß Artikel 121 Absatz 3 AEUV überwacht der Rat anhand von Angaben der teilnehmenden Mitgliedstaaten sowie von Bewertungen der Kommission und des Wirtschafts- und Finanzausschusses die Umsetzung der Stabilitätsprogramme, um dabei insbesondere tatsächliche oder erwartete erhebliche Abweichungen der Haushaltslage vom mittelfristigen Haushaltsziel oder von einem angemessenen Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel zu ermitteln, die darauf zurückzuführen sind, dass von einer vorsichtigen Haushaltspolitik abgewichen wurde.</p> <p>(2) Bei einer erheblichen Abweichung von einer vorsichtigen Haushaltspolitik im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 4 kann die Kommission zur Vermeidung eines übermäßigen Defizits gemäß Artikel 121 Absatz 4 AEUV eine Verwarnung an den betreffenden Mitgliedstaat richten.</p>	<p>„Artikel 6</p> <p>(1) Im Rahmen der multilateralen Überwachung gemäß Artikel 121 Absatz 3 AEUV überwachen der Rat und die Kommission anhand von Angaben der teilnehmenden Mitgliedstaaten sowie von Bewertungen der Kommission und des Wirtschafts- und Finanzausschusses die Umsetzung der Stabilitätsprogramme, um dabei insbesondere tatsächliche oder erwartete erhebliche Abweichungen der Haushaltslage vom mittelfristigen Haushaltsziel oder von einem angemessenen Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel zu ermitteln !.</p> <p>(2) Bei einer erheblichen Abweichung vom Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Ziel gemäß Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 3 richtet die Kommission zur Vermeidung eines übermäßigen Defizits gemäß Artikel 121 Absatz 4 AEUV eine Verwarnung an den betreffenden Mitgliedstaat. Eine solche Verwarnung wird öffentlich gemacht. Das Europäische Parlament kann den betreffenden Mitgliedstaat einladen, seine Politik vor seinem zuständigen Ausschuss zu erläutern. Im Falle einer solchen erheblichen Abweichung kann die Kommission eine zusätzliche Berichterstattung des betreffenden Mitgliedstaats anfordern.</p> <p>Der Rat nimmt innerhalb eines Monats nach einer etwaigen erheblichen Abweichung im Sinne des Unterabsatzes 1 eine Empfehlung für politische Maßnahmen unter Festsetzung einer Frist von höchstens fünf Monaten für die Behandlung der Abweichung auf der Grundlage einer Empfehlung der Kommission an. Im Falle einer besonders erheblichen Abweichung oder in einer besonders ernsten Lage beträgt die Frist höchstens drei Monate. Der Rat macht seine Empfehlung auf Vorschlag der Kommission öffentlich.</p> <p>Die Kommission überwacht die in der Empfehlung</p>	<p>„Artikel 6</p> <p>(1) Im Rahmen der multilateralen Überwachung gemäß Artikel 121 Absatz 3 AEUV überwachen der Rat und die Kommission anhand von Angaben der teilnehmenden Mitgliedstaaten sowie von Bewertungen der Kommission und des Wirtschafts- und Finanzausschusses die Umsetzung der Stabilitätsprogramme, um dabei insbesondere tatsächliche oder erwartete erhebliche Abweichungen der Haushaltslage vom mittelfristigen Haushaltsziel oder von einem angemessenen Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel zu ermitteln.</p> <p>(2) Bei einer festgestellten erheblichen Abweichung vom Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 3 richtet die Kommission zur Vermeidung eines übermäßigen Defizits eine Verwarnung an den betreffenden Mitgliedstaat gemäß Artikel 121 Absatz 4 AEUV.</p> <p>Der Rat prüft innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt der Annahme der Verwarnung gemäß Unterabsatz 1 die Lage und nimmt auf der Grundlage einer Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 121 Absatz 4 AEUV eine Empfehlung über die erforderlichen politischen Maßnahmen an. In der Empfehlung wird eine Frist von höchstens fünf Monaten für die Behebung der Abweichung festgelegt. Die Frist wird auf drei Monate verkürzt, wenn die Kommission in ihrer Verwarnung zu der Auffassung gelangt, dass die Lage besonders ernst ist und dringende Maßnahmen erfordert. Der Rat macht seine Empfehlung auf Vorschlag der Kommission öffentlich.</p> <p>[nicht aufgenommen]</p>	<p>3</p> <p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>3</p>
--	---	---	---	---	--

			<p><i>enthaltenen Maßnahmen auf der Grundlage von Kontrollbesuchen gemäß Artikel -11 dieser Verordnung und erstellt einen Bericht für den Rat. Dieser Bericht wird innerhalb eines Monats öffentlich gemacht.</i></p> <p><i>Falls der betreffende Mitgliedstaat innerhalb der Frist, die in einer Empfehlung des Rates im Sinne von Unterabsatz 2 festgesetzt wurde, keine angemessenen Maßnahmen ergreift, empfiehlt die Kommission unverzüglich dem Rat festzustellen, dass keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden. Wird die Empfehlung nicht binnen zehn Tagen nach ihrer Annahme durch die Kommission vom Rat mit qualifizierter Mehrheit abgelehnt, so gilt der Beschluss als vom Rat angenommen. Gleichzeitig richtet der Rat auf Vorschlag der Kommission einen förmlichen Bericht an den Europäischen Rat.</i></p> <p><i>Das Verfahren von der Empfehlung des Rates gemäß Unterabsatz 2 bis zu der endgültigen Empfehlung und dem endgültigen Bericht des Rates an den Europäischen Rat gemäß Unterabsatz 4 darf nicht länger als sechs Monate dauern.</i></p> <p><i>Eine Abweichung von dem mittelfristigen Haushaltsziel oder von dem angemessenen Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel wird auf der Grundlage einer Gesamtbewertung evaluiert, bei der der strukturelle Saldo als Referenz dient, einschließlich einer Analyse der Ausgaben ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen, wie in Artikel 5 Absatz 1 festgelegt.</i></p> <p><i>Für die Bewertung, ob die Abweichung erheblich ist, werden unter anderem folgende Kriterien herangezogen:</i></p> <p><i>Bei Mitgliedstaaten, die das mittelfristige Haushaltsziel nicht erreicht haben, bei der Beurteilung der Veränderung des strukturellen Saldos, ob die Abweichung in einem Jahr mindestens 0,5 % des BIP oder in</i></p>	<p>Der betreffende Mitgliedstaat erstattet dem Rat innerhalb der Frist, die der Rat in der Empfehlung gemäß Artikel 121 Absatz 4 AEUV festlegt, Bericht über die auf die Empfehlung hin ergriffenen Maßnahmen.</p> <p>Ergreift der betreffende Mitgliedstaat nicht innerhalb der Frist, die in einer Empfehlung des Rates im Sinne von Unterabsatz 2 festgesetzt wurde, angemessene Maßnahmen, so empfiehlt die Kommission dem Rat unverzüglich, mit qualifizierter Mehrheit einen Beschluss mit der Feststellung anzunehmen, dass keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden. Gleichzeitig kann die Kommission dem Rat vorschlagen, eine überarbeitete Empfehlung über die erforderlichen politischen Maßnahmen gemäß Artikel 121 Absatz 4 AEUV anzunehmen.</p> <p>(3) Eine Abweichung von dem mittelfristigen Haushaltsziel oder von dem angemessenen Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel wird auf der Grundlage einer Gesamtbewertung evaluiert, bei der der strukturelle Haushaltssaldo als Referenz dient, einschließlich einer Analyse der Ausgaben ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen, wie in Artikel 5 Absatz 1 festgelegt.</p> <p>Für die Bewertung, ob die Abweichung erheblich ist, werden insbesondere folgende Kriterien herangezogen:</p> <p>a) Bei Mitgliedstaaten, die das mittelfristige Haushaltsziel nicht erreicht haben, bei der Beurteilung der Veränderung des strukturellen Haushaltssaldos, [...]</p>	<p>3</p> <p>3</p> <p>1</p> <p>2</p>
--	--	--	---	---	-------------------------------------

		<p>oder diskretionäre einnahmensenkende Maßnahmen werden nicht durch Ausgabenkürzungen ausgeglichen, und die Gesamtauswirkung dieser Abweichung auf den Haushaltssaldo beträgt in einem Jahr mindestens 0,5 % des BIP oder in zwei aufeinanderfolgenden Jahren im Durchschnitt mindestens 0,25 % des BIP jährlich.</p> <p>Eine solche Abweichung bleibt unberücksichtigt, wenn der betreffende Mitgliedstaat sein mittelfristiges Haushaltsziel erheblich übertroffen hat, wobei etwaigen übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichten Rechnung getragen wird, und wenn die im Stabilitätsprogramm dargelegten Haushaltspläne dieses Ziel im Programmzeitraum nicht gefährden.</p> <p>Ebenfalls unberücksichtigt bleiben kann eine solche Abweichung bei einem schweren allgemeinen Konjunkturabschwung.</p> <p>(3) Hält die erhebliche Abweichung von einer vorsichtigen Haushaltspolitik an oder ist sie besonders schwerwiegend, richtet der Rat auf Empfehlung der Kommission an den betreffenden Mitgliedstaat die Empfehlung, die notwendigen Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Der Rat macht seine Empfehlung auf Vorschlag der Kommission öffentlich.“</p>	<p>zwei aufeinanderfolgenden Jahren im Durchschnitt mindestens 0,25 % des BIP jährlich beträgt; bei der Beurteilung der Ausgabenentwicklung ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen, ob die Abweichung eine Gesamtauswirkung auf den Haushaltssaldo von mindestens 0,5 % des BIP in einem Jahr oder kumulativ in zwei aufeinanderfolgenden Jahren hat.</p> <p>[...]</p> <p>Ebenfalls unberücksichtigt bleiben kann eine solche Abweichung bei einem außergewöhnlichen Ereignis, das sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaats entzieht und erhebliche Auswirkungen auf den strukturellen gesamtstaatlichen Saldo von mindestens 0,5 % des BIP in einem Jahr hat, oder bei einem schweren allgemeinen Konjunkturabschwung, vorausgesetzt dies gefährdet nicht die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.</p> <p>(3) Hält die erhebliche Abweichung vom Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel an oder ist sie besonders schwerwiegend, richtet die Kommission an den betreffenden Mitgliedstaat die Empfehlung, die notwendigen Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Der Rat kann eine solche Empfehlung der Kommission mit qualifizierter Mehrheit ablehnen. Der Rat macht die Empfehlung öffentlich. Das Europäische Parlament kann den betreffenden Mitgliedstaat einladen, seine Politik vor seinem zuständigen Ausschuss zu erläutern.“</p>	<p>b) bei der Beurteilung der Ausgabenentwicklung ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen, ob die Abweichung eine Gesamtauswirkung auf den Haushaltssaldo von mindestens 0,5 % des BIP in einem Jahr oder kumulativ in zwei aufeinanderfolgenden Jahren hat.</p> <p>[...]</p> <p>Ebenfalls unberücksichtigt bleiben kann eine solche Abweichung bei einem außergewöhnlichen Ereignis, das sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaats entzieht und die Lage der öffentlichen Finanzen erheblich beeinträchtigt, oder bei einem schweren Konjunkturabschwung im Euro- Währungsgebiet oder in der Union insgesamt, vorausgesetzt, dies gefährdet nicht die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.</p> <p>[...].“</p>	<p>3</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>3</p>
	6. Artikel 7 wird wie	<p>a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(1) Jeder Mitgliedstaat mit Ausnahmeregelung legt dem Rat und der Kommission die zur regelmäßigen</p>	<p>a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(1) Jeder Mitgliedstaat mit Ausnahmeregelung legt dem Rat und der Kommission die zur regelmäßigen</p>	<p>a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(1) Jeder nicht teilnehmende Mitgliedstaat legt dem Rat und der Kommission die zur regelmäßigen multila-</p>	

	<p>folgt geändert: [in finaler Version: 10.]</p>	<p>multilateralen Überwachung im Sinne von Artikel 121 AEUV erforderlichen Angaben in Form eines Konvergenzprogramms vor, das eine wesentliche Grundlage für Preisstabilität und für ein starkes, nachhaltiges und der Schaffung von Arbeitsplätzen förderliches Wachstum bildet.“</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>i) Buchstabe a erhält folgende Fassung:</p> <p>„a) das mittelfristige Haushaltsziel sowie den Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel für den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo in Prozent des BIP, die voraussichtliche Entwicklung der öffentlichen Schuldenquote, den bei den Staatsausgaben geplanten Wachstumspfad, den bei den Staatseinnahmen geplanten Wachstumspfad bei unveränderter Politik sowie eine Quantifizierung der auf der Einnahmenseite geplanten diskretionären Maßnahmen, die mittelfristigen geldpolitischen Ziele und die Beziehung dieser Ziele zur Preis und Wechselkursstabilität sowie zur Erreichung dauerhafter Konvergenz;“</p>	<p>multilateralen Überwachung im Sinne von Artikel 121 AEUV erforderlichen Angaben in Form eines Konvergenzprogramms vor, das eine wesentliche Grundlage für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die der Preisstabilität förderlich ist, für ein starkes, nachhaltiges Wachstum und für die Schaffung von Arbeitsplätzen bildet.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>i) Buchstabe a erhält folgende Fassung:</p> <p>„a) das mittelfristige Haushaltsziel sowie den Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel für den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo in Prozent des BIP, die voraussichtliche Entwicklung der öffentlichen Schuldenquote, den bei den Staatsausgaben – einschließlich der entsprechenden Zuweisungen für Bruttoanlageinvestitionen – geplanten Wachstumspfad, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedingungen und Kriterien für die Feststellung des Ausgabenwachstums gemäß Artikel 9 Absatz 1, den bei den Staatseinnahmen geplanten Wachstumspfad bei unveränderter Politik sowie eine Quantifizierung der auf der Einnahmenseite geplanten diskretionären Maßnahmen, die mittelfristigen geldpolitischen Ziele und die Beziehung dieser Ziele zur Preis- und Wechselkursstabilität sowie zur Erreichung dauerhafter Konvergenz;“</p> <p>ia) Folgender Buchstabe wird eingefügt:</p> <p>„aa) die voraussichtliche Entwicklung der öffentlichen Schuldenquote sowie Angaben über implizite und Eventualverbindlichkeiten, wie erwartete Haushaltskosten im Zusammenhang mit dem Altern und staatlichen Bürgschaften, wobei die genaue Art dieser Angaben in einem harmonisierten Rahmen, der von der Kommission zu erstellen ist, festgelegt wird;“</p> <p>ib) Folgender Buchstabe wird eingefügt:</p> <p>„ab) Informationen zur Vereinbarkeit des Stabilitätsprogramms mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik, den beschäftigungspolitischen Leitlinien und</p>	<p>teralen Überwachung im Sinne von Artikel 121 AEUV erforderlichen Angaben in Form eines Konvergenzprogramms vor, das eine wesentliche Grundlage für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bildet, welche der Preisstabilität, starkem, nachhaltigem Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen förderlich ist.“</p> <p>b) In Absatz 2 erhalten die Buchstaben a, b und c folgende Fassung:</p> <p>„a) das mittelfristige Haushaltsziel sowie den Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel für den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo in Prozent des BIP, die voraussichtliche Entwicklung der öffentlichen Schuldenquote, den bei den Staatsausgaben – einschließlich der entsprechenden Ausgaben für Bruttoanlageinvestitionen – geplanten Wachstumspfad, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedingungen und Kriterien für die Feststellung des Ausgabenwachstums gemäß Artikel 9 Absatz 1, den bei den Staatseinnahmen geplanten Wachstumspfad bei unveränderter Politik sowie eine Quantifizierung der auf der Einnahmenseite geplanten diskretionären Maßnahmen, die mittelfristigen geldpolitischen Ziele und die Beziehung dieser Ziele zur Preis- und Wechselkursstabilität sowie zur Erreichung dauerhafter Konvergenz;</p> <p>aa) Informationen über implizite Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung sowie Eventualverbindlichkeiten, wie staatliche Bürgschaften mit möglicherweise erheblichen Auswirkungen auf den gesamtstaatlichen Haushalt;</p> <p>ab) Informationen zur Vereinbarkeit des Konvergenzprogramms mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und dem nationalen Reformprogramm;</p>	<p>2</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>3</p>
--	--	---	---	--	-------------------------------------

		<p>ii) Buchstabe c erhält folgende Fassung:</p> <p>„c) eine quantitative Bewertung der haushaltspolitischen und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Erreichung der Programmziele unternommen oder vorgeschlagen werden, darunter eine Kosten-Nutzen-Analyse für größere Strukturreformen, die – u.a. durch Steigerung des Potenzialwachstums – direkte langfristige Kosteneinsparungseffekte haben;“</p> <p>c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(3) Die Angaben zur Entwicklung von gesamtstaatli-</p>	<p>dem nationalen Reformprogramm;“</p> <p>ic) Buchstabe b erhält folgende Fassung:</p> <p>„b) die Hauptannahmen über die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung und über wichtige ökonomische Variablen, die für die Umsetzung des Konvergenzprogramms von Belang sind, wie Ausgaben für öffentliche Investitionen, reales BIP-Wachstum, Beschäftigung und Inflation;“</p> <p>ii) Buchstabe c erhält folgende Fassung:</p> <p>„c) eine quantitative Bewertung der haushaltspolitischen und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Erreichung der Programmziele unternommen oder vorgeschlagen werden, darunter eine Kosten-Nutzen-Analyse für größere Strukturreformen, die – u.a. durch Steigerung des Potenzials für nachhaltiges Wachstum – direkte langfristige positive Auswirkungen auf den Haushalt haben;“</p> <p>ba) Folgender Absatz wird eingefügt:</p> <p>„(2a) Das Konvergenzprogramm gründet sich auf realistische und vorsichtige makroökonomische und haushaltspolitische Prognosen unter Verwendung der aktuellsten Informationen. Die Haushaltsplanung muss auf dem wahrscheinlichsten makro-finanzpolitischen Szenario basieren oder auf einem vorsichtigeren Szenario, wobei Abweichungen vom wahrscheinlichsten Szenario genau anzugeben sind. Die makroökonomischen Prognosen und Haushaltsprognosen werden unter angemessener Berücksichtigung der Kommissionsprognosen sowie der Prognosen anderer, unabhängiger Gremien erstellt. Erhebliche Abweichungen zwischen dem gewählten makro-finanzpolitischen Szenario und den Kommissionsprognosen sind im Konvergenzprogramm zu erläutern.“</p> <p>c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(3) Die Angaben zur Entwicklung von gesamtstaatli-</p>	<p>b) die Hauptannahmen über die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung und über wichtige ökonomische Variablen, die für die Erreichung des Konvergenzprogramms von Belang sind, wie Ausgaben für öffentliche Investitionen, reales BIP-Wachstum, Beschäftigung und Inflation;</p> <p>c) eine quantitative Bewertung der haushaltspolitischen und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Erreichung der Programmziele unternommen oder vorgeschlagen werden, darunter eine Kosten-Nutzen-Analyse für größere Strukturreformen, die – auch durch Steigerung des potentiellen nachhaltigen Wachstums – direkte langfristige positive Auswirkungen auf den Haushalt haben;“</p> <p>c) Folgender Absatz wird eingefügt:</p> <p>„(2a) Das Konvergenzprogramm muss auf dem wahrscheinlichsten makrobudgetären Szenario oder auf einem vorsichtigeren Szenario basieren. Die makroökonomischen und haushaltspolitischen Prognosen werden mit den aktuellsten Prognosen der Kommission und gegebenenfalls denjenigen anderer unabhängiger Gremien verglichen. Erhebliche Abweichungen zwischen dem gewählten makrobudgetären Szenario und den Prognosen der Kommission müssen begründet werden, .</p> <p>d) Absatz 3 erhält folgende Fassung:</p> <p>„(3) Die Angaben zur Entwicklung von gesamtstaatli-</p>	<p>3</p> <p>1</p> <p>3</p> <p>3</p>
--	--	---	---	--	-------------------------------------

		<p>im Laufe des Konjunkturzyklus' zu erreichen.</p> <p>Bei der Beurteilung des Anpassungspfads in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel berücksichtigt der Rat, ob in Zeiten günstiger Konjunktur stärkere Anpassungsanstrengungen unternommen werden, während die Anstrengungen in Zeiten ungünstiger Konjunktur geringer ausfallen können. Bei Mitgliedstaaten mit hohem Schuldenstand oder übermäßigem makroökonomischen Ungleichgewichten oder beidem prüft der Rat, ob die jährliche Verbesserung des konjunkturbereinigten Haushaltssaldos ohne einmalige und sonstige befristete Maßnahmen über 0,5 % des BIP hinausgeht. Bei Mitgliedstaaten des WKM2 prüft der Rat, ob der betreffende Mitgliedstaat eine zur Erreichung seines mittelfristigen Haushaltsziels angemessene jährliche Verbesserung seines konjunkturbereinigten Saldos ohne Anrechnung einmaliger und sonstiger befristeter Maßnahmen verfolgt, wobei ein Richtwert von 0,5 % des BIP zugrunde gelegt wird.</p> <p>Um zu gewährleisten, dass das mittelfristige Haushaltsziel tatsächlich erreicht und gehalten wird, vergewissert sich der Rat, dass das Wachstum der Staatsausgaben bei gleichzeitiger Berücksichtigung der einnahmenseitig getroffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen mit einer vorsichtigen Haushaltspolitik vereinbar ist.</p> <p>Die Haushaltspolitik ist als vorsichtig und somit als der Erreichung und dauerhaften Einhaltung des mittelfris-</p>	<p>oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Einhaltung dieses Anpassungspfads ausreichen, um das mittelfristige Ziel im Laufe des Konjunkturzyklus zu erreichen <i>und um dauerhafte Konvergenz zu erreichen</i> [Anm. d Übers.: Dieser Passus fehlt in der deutschen Fassung des Kom-missionstextes].</p> <p>Bei der Beurteilung des Anpassungspfads in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel berücksichtigen der Rat und die Kommission, ob in Zeiten günstiger Konjunktur stärkere Anpassungsanstrengungen unternommen werden, während die Anstrengungen in Zeiten ungünstiger Konjunktur geringer ausfallen können. Bei Mitgliedstaaten mit einem Schuldenstand von über 60 % des BIP oder mit ausgeprägten Risiken hinsichtlich der Tragbarkeit ihrer Gesamtschulden prüfen der Rat und die Kommission, ob die jährliche Verbesserung des konjunkturbereinigten Haushaltssaldos ohne einmalige und sonstige befristete Maßnahmen erheblich über 0,5 % des BIP hinausgeht. Bei Mitgliedstaaten des WKM2 prüfen der Rat und die Kommission, ob der betreffende Mitgliedstaat eine zur Erreichung seines mittelfristigen Haushaltsziels angemessene jährliche Verbesserung seines konjunkturbereinigten Saldos ohne Anrechnung einmaliger und sonstiger befristeter Maßnahmen verfolgt, wobei ein Richtwert von 0,5 % des BIP zugrunde gelegt wird.</p> <p>Ausreichende Fortschritte in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel werden auf der Grundlage einer Gesamtbewertung evaluiert, bei der der strukturelle Saldo als Referenz dient, einschließlich einer Analyse der Ausgaben ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen. Zu diesem Zweck prüfen der Rat und die Kommission, ob das Wachstum der Staatsausgaben bei gleichzeitiger Berücksichtigung der einnahmenseitig getroffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen im Einklang mit den folgenden Bedingungen steht:</p> <p>I</p>	<p>laufenden oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Einhaltung dieses Anpassungspfads ausreichen, um das mittelfristige Ziel im Laufe des Konjunkturzyklus sowie nachhaltige Konvergenz zu erreichen.</p> <p>Der Rat und die Kommission berücksichtigen bei der Beurteilung des Anpassungspfads in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel, ob in Zeiten guter wirtschaftlicher Entwicklung stärkere Anpassungsanstrengungen unternommen werden, während die Anstrengungen in Zeiten schlechter wirtschaftlicher Entwicklung geringer ausfallen könnten. Insbesondere sind unerwartete Mehr- und Mindereinnahmen zu berücksichtigen. Bei Mitgliedstaaten mit einem Schuldenstand von über 60 % des BIP oder mit ausgeprägten Risiken hinsichtlich der Tragfähigkeit ihrer Gesamtschulden prüfen der Rat und die Kommission, ob die jährliche Verbesserung des konjunkturbereinigten Haushaltssaldos ohne einmalige und sonstige befristete Maßnahmen erheblich über 0,5 % des BIP hinausgeht. Bei Mitgliedstaaten, die am WKM2 teilnehmen, prüfen der Rat und die Kommission, ob der betreffende Mitgliedstaat eine zur Erreichung seines mittelfristigen Haushaltsziels angemessene jährliche Verbesserung seines konjunkturbereinigten Haushaltssaldos ohne Anrechnung einmaliger und sonstiger befristeter Maßnahmen verfolgt, wobei ein Richtwert von 0,5 % des BIP zugrunde gelegt wird.</p> <p>Ausreichende Fortschritte in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel werden auf der Grundlage einer Gesamtbewertung evaluiert, bei der der strukturelle Haushaltssaldo als Referenz dient, einschließlich einer Analyse der Ausgaben ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen. Hierzu prüfen der Rat und die Kommission, ob das Wachstum der Staatsausgaben bei gleichzeitiger Berücksichtigung der einnahmenseitig getroffenen oder geplanten Maßnahmen im Einklang mit den folgenden Bedingungen steht:</p> <p>[Streichung übernommen]</p>	<p>2</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>2</p> <p>1</p>
--	--	--	--	--	--

		<p>tigen Haushaltsziels förderlich zu betrachten, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:</p> <p>a) bei Mitgliedstaaten, die das mittelfristige Haushaltsziel erreicht haben, geht das jährliche Ausgabenwachstum nicht über eine vorsichtige mittelfristige BIP-Wachstumsrate hinaus, es sei denn, eine Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen;</p> <p>b) bei Mitgliedstaaten, die ihr mittelfristiges Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, liegt das jährliche Ausgabenwachstum unterhalb einer vorsichtigen mittelfristigen BIP-Wachstumsrate, es sei denn, eine Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen; der Abstand der Staatsausgaben-Wachstumsrate zu einer vorsichtigen mittelfristigen BIP-Wachstumsrate wird so festgesetzt, dass eine angemessene Korrektur in Richtung des mittelfristigen Haushaltsziels sichergestellt ist;</p> <p>c) jede diskretionäre Senkung bestimmter Staatseinnahmen wird entweder durch Ausgabenkürzungen oder durch eine diskretionäre Erhöhung anderer Staatseinnahmen in gleicher Höhe oder durch beides ausgeglichen.</p> <p>Die vorsichtige mittelfristige Wachstumsrate sollte anhand von Projektionen bewertet werden, die sich über einen Zeithorizont von zehn Jahren erstrecken und re-</p>	<p>a) bei Mitgliedstaaten, die das mittelfristige Haushaltsziel erreicht haben, geht das jährliche Ausgabenwachstum nicht über eine ■ mittelfristige Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums hinaus, es sei denn, eine Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen;</p> <p>b) bei Mitgliedstaaten, die ihr mittelfristiges Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, liegt das jährliche Ausgabenwachstum unterhalb einer ■ mittelfristigen Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums, es sei denn, eine Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen. Der Abstand der Staatsausgaben-Wachstumsrate zu einer ■ mittelfristigen Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums wird so festgesetzt, dass eine angemessene Korrektur in Richtung des mittelfristigen Haushaltsziels sichergestellt ist;</p> <p>c) bei Mitgliedstaaten, die ihr mittelfristiges Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, wird jede diskretionäre Senkung der Staatseinnahmen entweder durch Ausgabenkürzungen oder durch eine diskretionäre Erhöhung anderer Staatseinnahmen in gleicher Höhe oder durch beides ausgeglichen.</p> <p>Die Gesamtausgaben dürfen keine Zinszahlungen, keine Ausgaben für EU-Programme, die vollständig durch Einnahmen aus EU-Fonds ausgeglichen werden, und keine nicht-diskretionären Änderungen der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung beinhalten.</p> <p>Ein Ausgabenwachstum, das über die mittelfristigen Referenzraten hinausgeht, darf nicht als Verletzung des Richtwerts betrachtet werden, insofern es vollständig durch gesetzlich vorgeschriebene Einnahmensteigerungen ausgeglichen wird.</p> <p>Die ■ mittelfristige Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums sollte anhand von vorwärts gerichteten Projektionen bewertet werden, oder anhand von</p>	<p>a) bei Mitgliedstaaten, die das mittelfristige Haushaltsziel erreicht haben, geht das jährliche Ausgabenwachstum nicht über eine mittelfristige Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums hinaus, es sei denn, eine Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen;</p> <p>b) bei Mitgliedstaaten, die ihr mittelfristiges Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, liegt das jährliche Ausgabenwachstum unterhalb einer mittelfristigen Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums, es sei denn, eine Überschreitung wird durch diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen in gleicher Höhe ausgeglichen; der Abstand der Staatsausgaben-Wachstumsrate zu einer mittelfristigen Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums wird so festgesetzt, dass eine angemessene Korrektur in Richtung des mittelfristigen Haushaltsziels sichergestellt ist;</p> <p>c) bei Mitgliedstaaten, die ihr mittelfristiges Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, wird jede diskretionäre Senkung der Staatseinnahmen entweder durch Ausgabenkürzungen oder durch eine diskretionäre Erhöhung anderer Staatseinnahmen in gleicher Höhe oder durch beides ausgeglichen.</p> <p>Die Gesamtausgaben dürfen keine Zinszahlungen, keine Ausgaben für Unionsprogramme, die vollständig durch Einnahmen aus Fonds der Union ausgeglichen werden, und keine nicht-diskretionären Änderungen der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung beinhalten.</p> <p>Ein Ausgabenwachstum, das über die mittelfristige Referenzrate hinausgeht, darf nicht als Verletzung des Richtwerts betrachtet werden, insofern es vollständig durch gesetzlich vorgeschriebene Einnahmensteigerungen ausgeglichen wird.</p> <p>Die mittelfristige Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums wird auf der Grundlage vorwärts gerichteter Projektionen und rückwärts gerichteter Schätzun-</p>	<p>2</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>2</p> <p>2</p>
--	--	--	--	--	---

		<p>regelmäßig aktualisiert werden.</p> <p>Wenn der Rat für Länder, die das mittelfristige Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, den Anpassungspfad zur Erreichung dieses Ziels festlegt und bei Ländern, die dieses Ziel bereits erreicht haben, eine befristete Abweichung von diesem Ziel zulässt, sofern eine angemessene Sicherheitsmarge zum Defizit-Referenzwert beibehalten und erwartet wird, dass die Haushaltslage im Programmzeitraum wieder zum mittelfristigen Haushaltsziel zurückkehrt, trägt er größeren Strukturreformen Rechnung, die – auch durch Steigerung des Potenzialwachstums – direkte langfristige Kosteneinsparungseffekte und mithin nachprüfbar Auswirkungen auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen haben.</p> <p>Besondere Aufmerksamkeit gilt Rentenreformen, durch die ein Mehssäulensystem mit einer gesetzlichen, vollständig kapitalgedeckten Säule eingeführt wird. Mitgliedstaaten, die solche Reformen durchführen, dürfen vom Anpassungspfad in Richtung auf ihr mittelfristiges Haushaltsziel oder von dem Ziel selbst mit der Maßgabe abweichen, dass die Abweichung den Nettokosten der Reform für die von der öffentlichen Hand finanzierte Säule entspricht und vorübergehend ist und dass eine angemessene Sicherheitsmarge zum Defizit-Referenzwert beibehalten wird.</p> <p>Der Rat prüft ferner, ob die im Konvergenzprogramm enthaltenen Angaben eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik erleichtern und ob die Wirtschaftspolitik des betreffenden Mitgliedstaats mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union vereinbar ist. Bei Mitgliedstaaten des WKM2 prüft der Rat außerdem, ob die im Konvergenzprogramm enthaltenen Angaben eine reibungslose Teilnahme am Wechselkursmechanismus gewährleisten.</p>	<p><i>rückwärts gerichteten Projektionen, falls Letztere nicht zu einem langsameren Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Ziel führen.</i> Die Projektionen müssen regelmäßig aktualisiert werden. Die Kommission macht eine transparente, unabhängige und mit Gründen versehene Bewertung der Methode dieser Projektionen öffentlich.</p> <p>Wenn der Rat und die Kommission für Länder, die das mittelfristige Haushaltsziel noch nicht erreicht haben, den Anpassungspfad zur Erreichung dieses Ziels festlegen und bei Ländern, die dieses Ziel bereits erreicht haben, eine befristete Abweichung von diesem Ziel zulassen, sofern eine angemessene Sicherheitsmarge zum Defizit-Referenzwert beibehalten und erwartet wird, dass die Haushaltslage im Programmzeitraum wieder zum mittelfristigen Haushaltsziel zurückkehrt, tragen sie größeren Strukturreformen Rechnung, die – auch durch Steigerung des nachhaltigen Potenzialwachstums – direkte langfristige positive Auswirkungen auf den Haushalt und mithin nachprüfbar Auswirkungen auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen haben.</p> <p>[...]</p> <p>Der Rat und die Kommission prüfen ferner, ob die im Konvergenzprogramm enthaltenen Angaben eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik erleichtern und ob die Wirtschaftspolitik des betreffenden Mitgliedstaats mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und den beschäftigungspolitischen Leitlinien der Mitgliedstaaten und der Union vereinbar ist. Bei Mitgliedstaaten des WKM2 prüfen der Rat und die Kommission außerdem, ob die im Kon-</p>	<p>gen bestimmt. Die Projektionen werden regelmäßig aktualisiert. Die Kommission veröffentlicht die Berechnungsmethode für diese Projektionen und die daraus abgeleitete mittelfristige Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums.</p> <p>Bei der Festlegung des Anpassungspfads zur Erreichung des mittelfristigen Haushaltsziels für Mitgliedstaaten, die dieses Ziel noch nicht erreicht haben, und wenn Mitgliedstaaten, die es bereits erreicht haben, eine befristete Abweichung von diesem Ziel eingeräumt wird, sofern eine angemessene Sicherheitsmarge zum Defizit-Referenzwert beibehalten und erwartet wird, dass die Haushaltslage im Programmzeitraum wieder zum mittelfristigen Haushaltsziel zurückkehrt, tragen der Rat und die Kommission größeren Strukturreformen Rechnung, die – auch durch Steigerung des nachhaltigen Potenzialwachstums – direkte langfristige positive Auswirkungen auf den Haushalt und mithin nachprüfbar Auswirkungen auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen haben.</p> <p>[...]</p> <p>Der Rat und die Kommission prüfen ferner, ob das Konvergenzprogramm die Erreichung dauerhafter und echter Konvergenz sowie die engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik erleichtert und ob die Wirtschaftspolitik des betreffenden Mitgliedstaats mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und den beschäftigungspolitischen Leitlinien der Mitgliedstaaten und der Union vereinbar ist. Bei Mitgliedstaaten, die am WKM2 teilnehmen, prüft der Rat außerdem, ob das Konver-</p>	<p>3</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>2</p> <p>3</p>
--	--	--	---	---	--

	<p>Bei einem schweren allgemeinen Konjunkturabschwung kann den Mitgliedstaaten gestattet werden, vorübergehend von dem bei einer vorsichtigen Haushaltspolitik im Sinne von Unterabsatz 4 gebotenen Anpassungspfad abzuweichen.</p> <p>(2) Die Prüfung eines Konvergenzprogramms durch den Rat erfolgt innerhalb von drei Monaten nach Vorlage des Programms. Der Rat gibt auf Empfehlung der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses bei Bedarf eine Stellungnahme zu dem Programm ab. Gelangt der Rat gemäß Artikel 121 AEUV zu der Auffassung, dass die Ziele und Inhalte des Programms mit besonderem Verweis auf eine vorsichtige Haushaltspolitik anspruchsvoller formuliert werden sollten, fordert er den betreffenden Mitgliedstaat in seiner Stellungnahme zur Anpassung des Programms auf.“</p>	<p>vergenzprogramm enthaltenen Angaben eine reibungslose Teilnahme am Wechselkursmechanismus gewährleisten.</p> <p>Bei einem außergewöhnlichen Ereignis, das sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaats entzieht und erhebliche Auswirkungen auf den strukturellen gesamtsstaatlichen Saldo von mindestens 0,5 % des BIP in einem Jahr hat, oder bei einem schweren Konjunkturabschwung im Euro-Währungsgebiet oder in der EU insgesamt kann den Mitgliedstaaten ausnahmsweise gestattet werden, vorübergehend von dem Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Ziel gemäß Unterabsatz 3 abzuweichen, vorausgesetzt dies gefährdet nicht die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.</p> <p>(2) Die Prüfung eines Konvergenzprogramms durch den Rat erfolgt innerhalb von drei Monaten nach Vorlage des Programms. Der Rat gibt auf Empfehlung der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses bei Bedarf eine Stellungnahme zu dem Programm ab. Gelangt der Rat gemäß Artikel 121 AEUV zu der Auffassung, dass die Ziele und Inhalte des Programms mit besonderem Verweis auf den Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel anspruchsvoller formuliert werden sollten, fordert er den betreffenden Mitgliedstaat in seiner Stellungnahme zur Anpassung des Programms auf.“</p>	<p>genzprogramm eine reibungslose Teilnahme am Wechselkursmechanismus gewährleistet.</p> <p>Bei einem außergewöhnlichen Ereignis, das sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaats entzieht und erhebliche Auswirkungen auf die Lage der öffentlichen Finanzen hat, oder bei einem schweren Konjunkturabschwung im Euro-Währungsgebiet oder in der Union insgesamt kann den Mitgliedstaaten gestattet werden, vorübergehend von dem Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel gemäß Unterabsatz 3 abzuweichen, vorausgesetzt dies gefährdet nicht die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.</p> <p>(2) [...], dass die Ziele und Inhalte des Programms mit besonderem Verweis auf den Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel anspruchsvoller formuliert werden sollten, fordert er den betreffenden Mitgliedstaat in seiner Stellungnahme zur Anpassung des Programms auf.“</p>	<p>2</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>2</p>
<p>9. Artikel 10 erhält folgende Fassung: [in finaler Version: 13.]</p>	<p>„Artikel 10</p> <p>(1) Im Rahmen der multilateralen Überwachung gemäß Artikel 121 Absatz 3 AEUV überwacht der Rat anhand von Angaben der Mitgliedstaaten mit Ausnahme- regelung sowie von Bewertungen der Kommission und des Wirtschafts- und Finanzausschusses die Umsetzung der Konvergenzprogramme, um dabei insbesondere tatsächliche oder erwartete erhebliche Abweichungen der Haushaltslage vom mittelfristigen Haushaltsziel oder von einem angemessenen Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel zu ermitteln, die darauf zurückzuführen sind, dass von einer vorsichtigen Haus-</p>	<p>„Artikel 10</p> <p>(1) Im Rahmen der multilateralen Überwachung gemäß Artikel 121 Absatz 3 AEUV überwachen der Rat und die Kommission anhand von Angaben der Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung [...].</p>	<p>„Artikel 10</p> <p>(1) Im Rahmen der multilateralen Überwachung gemäß Artikel 121 Absatz 3 AEUV überwachen der Rat und die Kommission anhand von Angaben der Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung [...].</p>	<p>3</p>

		<p>haltspolitik abgewichen wurde.</p> <p>Außerdem überwacht der Rat die Wirtschaftspolitik Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung unter Berücksichtigung der im Konvergenzprogramm vorgegebenen Ziele, um zu gewährleisten, dass diese Politik auf Stabilität und folglich auf die Vermeidung von Verzerrungen der realen Wechselkurse und von übermäßigen Schwankungen der nominalen Wechselkurse abzielt.</p> <p>(2) Bei einer erheblichen Abweichung von einer vorsichtigen Haushaltspolitik im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 Unterabsatz 4 kann die Kommission zur Vermeidung eines übermäßigen Defizits gemäß Artikel 121 Absatz 4 AEUV eine Verwarnung an den betreffenden Mitgliedstaat richten.</p>	<p>Außerdem überwachen der Rat und die Kommission die Wirtschaftspolitik Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung unter Berücksichtigung der im Konvergenzprogramm vorgegebenen Ziele, [...].</p> <p>(2) Bei einer erheblichen Abweichung vom Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Ziel gemäß Artikel 9 Absatz 1 Unterabsatz 3 richtet die Kommission zur Vermeidung eines übermäßigen Defizits gemäß Artikel 121 Absatz 4 AEUV eine Verwarnung an den betreffenden Mitgliedstaat. Eine solche Verwarnung wird öffentlich gemacht. Das Europäische Parlament kann den betreffenden Mitgliedstaat einladen, seine Politik vor seinem zuständigen Ausschuss zu erläutern. Im Falle einer solchen erheblichen Abweichung kann die Kommission eine zusätzliche Berichterstattung des betreffenden Mitgliedstaats anfordern.</p> <p>Der Rat nimmt innerhalb eines Monats nach einer etwaigen erheblichen Abweichung im Sinne des Unterabsatzes 1 eine Empfehlung für politische Maßnahmen unter Festsetzung einer Frist von höchstens fünf Monaten für die Behandlung der Abweichung auf der Grundlage einer Empfehlung der Kommission an. Im Falle einer besonders erheblichen Abweichung oder in einer besonders ernsten Lage beträgt die Frist höchstens drei Monate. Der Rat macht seine Empfehlung auf Vorschlag der Kommission öffentlich.</p> <p>Die Kommission überwacht die in der Empfehlung enthaltenen Maßnahmen auf der Grundlage von Kontrollbesuchen gemäß Artikel -11 dieser Verordnung und erstellt einen Bericht für den Rat. Dieser Bericht wird innerhalb eines Monats öffentlich ge-</p>	<p>Außerdem überwachen der Rat und die Kommission die Wirtschaftspolitik der nicht teilnehmenden Staaten unter Berücksichtigung der im Konvergenzprogramm vorgegebenen Ziele, [...].</p> <p>(2) Bei einer festgestellten erheblichen Abweichung vom Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 Unterabsatz 3 dieser Verordnung richtet die Kommission zur Vermeidung eines übermäßigen Defizits eine Verwarnung gemäß Artikel 121 Absatz 4 AEUV an den betreffenden Mitgliedstaat.</p> <p>(nicht aufgenommen)</p> <p>Der Rat prüft innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt der Annahme der Verwarnung gemäß Unterabsatz 1 die Lage und nimmt auf der Grundlage einer Empfehlung der Kommission gemäß Artikel 121 Absatz 4 eine Empfehlung über die erforderlichen politischen Maßnahmen an. In der Empfehlung wird eine Frist von höchstens fünf Monaten für die Behebung der Abweichung festgelegt. Die Frist wird auf drei Monate verkürzt, wenn die Kommission in ihrer Verwarnung zu der Auffassung gelangt, dass die Lage besonders ernst ist und dringende Maßnahmen erfordert. Der Rat macht seine Empfehlung auf Vorschlag der Kommission öffentlich. [...].</p> <p>(nicht aufgenommen)</p>	<p>3</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p>
--	--	--	---	--	--

			<p><i>macht.</i></p> <p><i>Falls der betreffende Mitgliedstaat innerhalb der Frist, die in einer Empfehlung des Rates im Sinne von Unterabsatz 2 festgesetzt wurde, keine angemessenen Maßnahmen ergreift, empfiehlt die Kommission unverzüglich dem Rat festzustellen, dass keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden. Wird die Empfehlung nicht binnen zehn Tagen nach ihrer Annahme durch die Kommission vom Rat mit qualifizierter Mehrheit abgelehnt, so gilt der Beschluss als vom Rat angenommen. Gleichzeitig richtet der Rat auf Vorschlag der Kommission einen förmlichen Bericht an den Europäischen Rat.</i></p> <p><i>Das Verfahren von der Empfehlung des Rates gemäß Unterabsatz 2 bis zu der endgültigen Empfehlung und dem endgültigen Bericht des Rates an den Europäischen Rat gemäß Unterabsatz 4 darf nicht länger als sechs Monate dauern.</i></p> <p><i>Eine Abweichung von dem mittelfristigen Ziel oder von dem angemessenen Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel wird auf der Grundlage einer Gesamtbewertung evaluiert, bei der der strukturelle Saldo als Referenz dient, einschließlich einer Analyse der Ausgaben ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen, wie in Artikel 9 Absatz 1 festgelegt.</i></p> <p><i>Für die Bewertung, ob die Abweichung erheblich ist, werden unter anderem folgende Kriterien herangezogen:</i></p> <p><i>Bei Mitgliedstaaten, die das mittelfristige Haushaltsziel nicht erreicht haben, gilt bei der Beurteilung der Veränderung des strukturellen Saldos eine Abwei-</i></p>	<p>Ergreift der betreffende Mitgliedstaat nicht innerhalb der Frist, die in einer Empfehlung des Rates im Sinne von Unterabsatz 2 festgesetzt wurde, angemessene Maßnahmen, so empfiehlt die Kommission dem Rat unverzüglich, mit qualifizierter Mehrheit einen Beschluss mit der Feststellung anzunehmen, dass keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden. [...].</p> <p>Nimmt der Rat nicht zur Empfehlung der Kommission den Beschluss an, dass keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden, und unterlässt es der betreffende Mitgliedstaat weiterhin, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, so empfiehlt die Kommission einen Monat nach ihrer früheren Empfehlung dem Rat, den Beschluss anzunehmen, dass keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden. Wird der Beschluss nicht innerhalb von zehn Tagen nach der Annahme durch die Kommission vom Rat mit einfacher Mehrheit abgelehnt, so gilt er als vom Rat angenommen. [...]</p> <p>[nicht aufgenommen]</p> <p>(3) Eine Abweichung von dem mittelfristigen Haushaltsziel oder von dem angemessenen Anpassungspfad in Richtung auf dieses Ziel wird auf der Grundlage einer Gesamtbewertung evaluiert, bei der der strukturelle Haushaltssaldo als Referenz dient, einschließlich einer Analyse der Ausgaben ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen, wie in Artikel 9 Absatz 1 festgelegt.</p> <p>Für die Bewertung, ob die Abweichung erheblich ist, werden insbesondere folgende Kriterien herangezogen:</p> <p>a) Bei Mitgliedstaaten, die das mittelfristige Haushaltsziel nicht erreicht haben, bei der Beurteilung der Veränderung des strukturellen Haushaltssaldos, ob die</p>	<p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>1</p> <p>2</p>
		<p>Eine Abweichung von einer vorsichtigen Haushaltspolitik ist als erheblich zu betrachten, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <p>das Ausgabenwachstum geht über das mit einer vorsichtigen Haushaltspolitik zu vereinbarende Maß hinaus und die Überschreitung wird nicht durch diskretio-</p>			

		<p>näre einnahmensteigernde Maßnahmen ausgeglichen oder diskretionäre einnahmensenkende Maßnahmen werden nicht durch Ausgabenkürzungen ausgeglichen, und die Gesamtauswirkung dieser Abweichung auf den Haushaltssaldo beträgt in einem Jahr mindestens 0,5 % des BIP oder in zwei aufeinanderfolgenden Jahren im Durchschnitt mindestens 0,25 % des BIP jährlich.</p> <p>Eine solche Abweichung bleibt unberücksichtigt, wenn der betreffende Mitgliedstaat sein mittelfristiges Haushaltsziel erheblich übertroffen hat, wobei etwaigen übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichten Rechnung getragen wird, und wenn die im Stabilitätsprogramm dargelegten Haushaltspläne dieses Ziel im Programmzeitraum nicht gefährden.</p> <p>Ebenfalls unberücksichtigt bleiben kann eine solche Abweichung bei einem schweren allgemeinen Konjunkturabschwung.</p> <p>(3) Hält die erhebliche Abweichung von einer vorsichtigen Haushaltspolitik an oder ist sie besonders schwerwiegend, richtet der Rat auf Empfehlung der Kommission an den betreffenden Mitgliedstaat die Empfehlung, die notwendigen Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Der Rat macht seine Empfehlung auf Vorschlag der Kommission öffentlich.“</p> <p>[nicht vorhanden]</p>	<p>Abweichung als erheblich, wenn sie in einem Jahr mindestens 0,5 % des BIP oder in zwei aufeinanderfolgenden Jahren im Durchschnitt mindestens 0,25 % des BIP jährlich beträgt; bei der Beurteilung der Ausgabenentwicklung ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen, ob die Abweichung eine Gesamtauswirkung auf den Haushaltssaldo von mindestens 0,5 % des BIP in einem Jahr oder kumulativ in zwei aufeinanderfolgenden Jahren hat.</p> <p>[...]</p> <p>Ebenfalls unberücksichtigt bleiben kann eine solche Abweichung bei einem außergewöhnlichen Ereignis, das sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaats entzieht und erhebliche Auswirkungen auf den strukturelle gesamtstaatlichen Saldo von mindestens 0,5 % des BIP in einem Jahr hat, oder bei einem schweren allgemeinen Konjunkturabschwung, vorausgesetzt dies gefährdet nicht die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.</p> <p>(3) Hält die erhebliche Abweichung vom Anpassungspfad in Richtung auf das mittelfristige Haushaltsziel an oder ist sie besonders schwerwiegend, richtet die Kommission an den betreffenden Mitgliedstaat die Empfehlung, die notwendigen Korrekturmaßnahmen zu ergreifen. Der Rat macht die Empfehlung öffentlich. Das Europäische Parlament kann den betreffenden Mitgliedstaat einladen, seine Politik vor seinem zuständigen Ausschuss zu erläutern.</p> <p>(3a) Gibt es eine Einladung zu einem Treffen zwischen dem zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments und einem Mitgliedstaat zur Erläuterung eines Standpunkts, einer erforderlichen Maßnahme oder einer Abweichung von den Anforderungen in dieser</p>	<p>Abweichung in einem Jahr mindestens 0,5 % des BIP oder in zwei aufeinanderfolgenden Jahren im Durchschnitt mindestens 0,25 % des BIP jährlich beträgt;</p> <p>b) bei der Beurteilung der Ausgabenentwicklung ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen, ob die Abweichung eine Gesamtauswirkung auf den Haushaltssaldo von mindestens 0,5 % des BIP in einem Jahr oder kumulativ in zwei aufeinanderfolgenden Jahren hat.</p> <p>[...]</p> <p>Ebenfalls unberücksichtigt bleiben kann eine solche Abweichung bei einem außergewöhnlichen Ereignis, das sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaats entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt, oder bei einem schweren Konjunkturabschwung im Euro-Währungsgebiet oder in der Union insgesamt vorausgesetzt dies gefährdet nicht die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.</p> <p>[nicht aufgenommen]</p> <p>[nicht aufgenommen]</p>	<p>3</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>3</p>
--	--	---	--	--	---

			<p><i>Verordnung, wird das Treffen einberufen unter der Schirmherrschaft entweder</i></p> <p><i>a) des Europäischen Parlaments,</i></p> <p><i>b) des Parlaments des betreffenden Mitgliedstaats,</i></p> <p><i>c) des Parlaments der rotierenden Präsidentschaft.“</i></p>		
	<p>9a. Folgender Artikel wird eingefügt: <i>[in finaler Version: 15.]</i></p>	[nicht vorhanden]	<p>„Artikel -11</p> <p><i>(1) Die Kommission führt einen ständigen Dialog mit Behörden der Mitgliedstaaten im Einklang mit den Zielen dieser Verordnung. Zu diesem Zweck führt die Kommission in allen Mitgliedstaaten Besuche im Hinblick auf einen regelmäßigen Dialog und erforderlichenfalls zur Kontrolle durch.</i></p> <p><i>Die Kommission kann, falls sie dies für sachgerecht hält, Vertreter der Europäischen Zentralbank oder weiterer relevanter Institutionen zur Teilnahme an dem Dialog und den Kontrollbesuchen einladen.</i></p> <p><i>(2) Wenn die Kommission den Dialog oder Kontrollbesuche organisiert, übermittelt sie den betreffenden Mitgliedstaaten gegebenenfalls ihre vorläufigen Erkenntnisse im Hinblick auf Bemerkungen.</i></p> <p><i>(3) Im Rahmen der Dialogbesuche prüft die Kommission die aktuelle Wirtschaftslage im Mitgliedstaat und ermittelt eventuelle Risiken oder Probleme in Bezug auf die Erfüllung der Ziele dieser Verordnung.</i></p> <p><i>(4) Im Rahmen der Kontrollbesuche überwacht die Kommission die Prozesse und überprüft, dass im Einklang mit den Beschlüssen des Rates oder der Kommission gemäß den Zielen dieser Verordnung Maß-</i></p>	<p>„Artikel -11</p> <p><i>(1) Die Kommission gewährleistet gemäß den Zielen dieser Verordnung einen ständigen Dialog mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten. [...]</i></p> <p><i>(3) Handelt es sich bei dem betroffenen Mitgliedstaat um einen teilnehmenden Mitgliedstaat oder um einen Mitgliedstaat, der am WKM2 teilnimmt, kann die Kommission gegebenenfalls Vertreter der Europäischen Zentralbank einladen, an den Überwachungsmissionen teilzunehmen.</i></p> <p><i>(5) Bei der organisatorischen Vorbereitung der Missionen gemäß Absatz 2 übermittelt die Kommission den betreffenden Mitgliedstaaten ihre vorläufigen Befunde, damit diese Anmerkungen dazu formulieren können.</i></p> <p><i>[unter (1)] [...] Zu diesem Zweck führt die Kommission insbesondere Missionen zum Zwecke der Bewertung der wirtschaftlichen Lage in dem Mitgliedstaat und der Ermittlung von Risiken oder Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung durch.</i></p> <p><i>(2) Die Kommission kann zum Zwecke der Überwachung vor Ort Missionen verstärkter Überwachung für Mitgliedstaaten durchführen, die Gegenstand von Empfehlungen gemäß Artikel 6 Absatz 2 oder Artikel</i></p>	<p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p>

			<p><i>nahmen ergriffen wurden.</i></p> <p><i>Kontrollbesuche finden nur in außerordentlichen Fällen und nur dann statt, wenn bezüglich der Erfüllung dieser Ziele erkennbare Risiken oder Probleme bestehen.</i></p> <p><i>(5) Die Kommission informiert den Wirtschafts- und Finanzausschuss über die Gründe von Kontrollbesuchen.</i></p> <p><i>(6) Die Mitgliedstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um den Dialog und die Kontrollbesuche zu erleichtern. Auf Ersuchen der Kommission gewährleisten die Mitgliedstaaten die Unterstützung aller relevanten nationalen Behörden für die Vorbereitung und Durchführung des Dialogs und der Kontrollbesuche.“</i></p>	<p>10 Absatz 2 AEUV sind.</p> <p>[nicht aufgenommen]</p> <p>[nicht aufgenommen]</p> <p>[unter (2)] [...] Die betreffenden Mitgliedstaaten stellen sämtliche Informationen zur Verfügung, die zur Vorbereitung und Durchführung solcher Missionen erforderlich sind.</p> <p>(4) [...]“</p>	<p>3</p> <p>3</p> <p>3</p>
	9b. Artikel 11 erhält folgende Fassung:	[nicht vorhanden]	<p>„Artikel 11</p> <p><i>Im Rahmen der multilateralen Überwachung nach dieser Verordnung nehmen der Rat und die Kommission die Gesamtbewertung nach Artikel 121 Absatz 3 AEUV vor.“</i></p>	[nicht aufgenommen]	3
	9c. Folgender Artikel wird eingefügt:	[nicht vorhanden]	<p>„Artikel 11a</p> <p><i>Das Europäische Parlament und der Rat bewerten die Durchführung dieser Verordnung auf der Grundlage eines jährlichen Berichts der Kommission.“</i></p>	[nicht aufgenommen]	3
	9d. Folgender	[nicht vorhanden]	<p>„Artikel 12a: Überprüfung</p> <p><i>(1) Bis zum ...* und danach alle drei Jahre veröffent-</i></p>	<p>„Artikel 12a</p> <p>(1) Bis vom 14. Dezember 2014 und danach alle fünf</p>	3

	Artikel wird eingefügt: [in finaler Version: 16.]		<p>licht die Kommission einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung.</p> <p>(2) Der Bericht und eventuelle flankierende Vorschläge werden dem Europäischen Parlament und dem Rat übermittelt.</p> <p>(3) Wenn in dem Bericht Behinderungen des ordnungsgemäßen Funktionierens der Bestimmungen in den Verträgen über die Wirtschafts- und Währungsunion ermittelt werden, muss er die notwendigen Empfehlungen an den Europäischen Rat enthalten.</p> <p>(4) Der Bericht enthält einen Vorschlag zur Ausweitung der umgekehrten qualifizierten Mehrheit im Rat auf alle in dieser Verordnung aufgeführten Verfahrensschritte.</p> <p>(5) Bis ... * legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht vor, dem gegebenenfalls Legislativvorschläge beiliegen, um nach Unionsregeln einen Anreizmechanismus einzurichten, durch den Garantien für einige Initiativen für projektbezogene Anleihen im Rahmen von EU 2020 gewährt werden sollen.</p> <p>* ABl. bitte Datum eintragen: ein Jahr nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung.“</p>	<p>Jahre veröffentlicht die Kommission einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung. [...]</p> <p>(3) Der Bericht wird dem Europäischen Parlament und dem Rat übermittelt.“</p> <p>[nicht aufgenommen]</p> <p>[nicht aufgenommen]</p> <p>[nicht aufgenommen]</p>	<p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p>
	10. [in finaler Version: 17.]	Alle in der Verordnung enthaltenen Bezugnahmen auf „Artikel 99“ werden durchgängig durch „Artikel 121“ ersetzt.	[...]	[...]	
Artikel 2		Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer	[...]	[...]	

		Veröffentlichung im <i>Amtsblatt der Europäischen Union</i> in Kraft.			
--	--	--	--	--	--